Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27. Donnerstag, den 1. Februar 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Auf, zu neuer Arbeit!

Die Erfolge unserer Partei bei der Reichstagswahl werden anspornend auf unsere Agitation wirken. Schon die Spekulation unserer Gegner auf eine möglichst baldige Auflösung zwingt und treibt zur sofortigen Bereitschaft. Besonders lebhaft wird die Agitation in den Wahlkreisen einsetzen, in denen wir nicht aus eigener Kraft siegen konnten, auf unzuverlässige Stichwahlhilfe angewiesen waren oder bei der Hauptwahl unterlegen sind.

In Wahlkreisen mit zahlreicher ländlicher Bevölkerung ist die Agitation außerhalb der Wahlzeit nicht viel leichter als während dieser; sie wird vielfach noch eine schwierigere werden, denn unsere Erfolge werden die Gegner ohne Zweifel veranlassen, uns die Agitation durch Saalabtreiben und Anwendung anderer terroristischer Mittel zu erschweren.

Bei der großen Zahl der Wahlkreise, in denen die proletarische Bevölkerung in zahlreichen Orten sehr zerstreut wohnt, und wo die Agitation durch territoriale Zerrissenheit und durch schlechte Verkehrsverhältnisse ohnehin erschwert wird, müssen Mittel und Wege gefunden werden, die unsere Agitation erleichtern, ohne ihre Wirksamkeit zu beeinträchtigen. Das kann am besten durch eine intensive, gut organisierte schriftliche Agitation geschehen.

Wo uns die Versammlungslokale abgetrieben werden, wo uns nicht genügend geeignete Genossen zur Verbreitung unseres Agitationsmaterials zur Verfügung stehen, die bei ihrer Hausagitation die Wähler für uns bearbeiten können, müssen wir um so öfter schriftliche Agitation betreiben und hier gibt es Mittel und Wege, die niemand verwehren kann, so lange keine Ausnahmegesetze bestehen.

Unsere Organisationen müssen sich die Adressen der Wähler aller Orte verschaffen und die Flugschriften durch die Post versenden. Wenn, wie wir es schon oft gefunden und erlebt haben, unseren agitierenden Genossen der Zutritt zu den Arbeiterwohnungen der Unternehmer durch Anschlag verboten wird, den Briefträgern können es die Schlotjunker so wenig wie die Krautjunker verbieten, sozialdemokratische Briefe zu bestellen. Zudem ist dieser Vertrieb billiger als der durch Genossen. Der Reichsverband betreibt diese Agitation jahraus und jahrein, mit wieviel Erfolg kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls wäre es, nebenbei gesagt, falsch, die Agitation des Reichsverbandes in Wahlkreisen wie den hier bezeichneten zu unterschätzen.

Wir haben Wahlkreise mit mehr als 150 und 200 Orten. Besitzen wir die Adressen der in diesen Orten wohnenden, für uns in Frage kommenden Wähler, Kleinbauern, Handwerker, Post- und Eisenbahnbeamten und -arbeiter, dann wird es uns gelingen, der Agitation des Reichsverbandes den Boden zu entziehen. Die vom Parteivorstand empfohlenen Flugblätter eignen sich ganz vortrefflich zu einer derartigen Agitation. Jeder einigermaßen leistungsfähige Kreis kann die Kosten dieser Verbreitung durch die Post tragen, zumal der Preis der Flugblätter ein außergewöhnlich niedriger ist. Total verkehrt ist es, wenn die Kreisleitungen in der wahlfreien Zeit sparen und glauben, das Pulver bis zum Wahlkampf trocken halten zu müssen; gerade weil sie für den Wahlkampf gespart haben, werden sie in diesem oft viel Geld vergeblich ausgeben müssen.

In allen Wahlkreisen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung ist die Parteipresse schlecht oder doch sehr mangelhaft verbreitet. Die politische Organisation ist meist ebenso schwach entwickelt. Das ganze öffentliche Leben, ohnehin ziemlich inhaltslos, wird beherrscht von der großen Anzahl kleiner Lokal- und Provinzblätter, von Krieger-, Flottenvereinen und vom Bund der Landwirte. Und nun kommen wir alle paar Jahre, je nachdem Landtags- oder Reichstagswahlen stattfinden, um die politische Situation für unsere Partei auszunützen, denn von Vorbereiten der Situation für uns kann unter solchen Verhältnissen absolut keine Rede sein. In diesen Kreisen leben wir tatsächlich nur von den Dummheiten unserer Gegner. Je nachdem diese wachsen oder sich verringern, bewegt sich dort unser Wahlglück, steigt es oder verläßt es uns.

Eine Partei, die für eine Klasse die politische Macht erobern will, darf nicht von der Gunst oder der Ungunst der politischen Situation in ihren Fortschritten abhängig sein, sie muß imstande sein, sich eine dauernd günstige Situation zu schaffen, indem sie die Massen zum Denken erzieht, sich in ihren Zielen und Forderungen in der öffentlichen Meinung durchzusetzen versteht. Das kann aber nicht in Wahlzeiten geschehen, wo wir uns gerade in zurückgebliebenen Wahlkreisen meistens in der Verteidigungsstellung befinden.

Ein weiterer Fehler, der noch sehr oft in der Wahlagitation gemacht wird, ist, daß die Verschiedenheit der sozialen Stellung der Wähler ländlicher Kreise sowie auch der kleineren und mittleren Städte nicht genügend berücksichtigt wird. Die Wähler werden einfach über einen Leisten geschlagen. Wenn keine Unterscheidung der Wähler nach ihren sozialen Verschiedenheiten bei der schriftlichen Agitation vorgenommen wird, ist es unmöglich, die Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer sozialen und politischen Interessen allen Schichten der proletarischen Wähler beibringen zu können. Auch in der politischen Agitation muß der Grundsatz zur Geltung kommen, über der Einheit die Mannigfaltigkeit nicht zu vergessen, sondern zu unterscheiden, um zu verbinden. Die Arbeiterklasse, vom halbproletarischen Kleinbauern bis zum ungelernten Handarbeiter, ist nicht so einfach zusammengesetzt, daß die Gemeinsamkeit der Interessen jedem gleich ins Auge springt. Besonders in jenen Schichten, die ihrer sozialen Lage nach zur Arbeiterklasse gehören, sich selbst aber nicht als Arbeiter schlechthin betrachten, die wir aber, wenn wir die politische Macht erobern wollen, für uns gewinnen müssen, muß die schriftliche Agitation in der wahlfreien Zeit energisch und mit besonnener Klugheit betrieben werden. Schon wenn es uns gelingt, das Vorurteil, das in diesen Kreisen immer stark gegen uns besteht, zu brechen, und wenn auch auf absehbare Zeit noch keine Aussicht vorhanden ist, sie organisatorisch für unsere Partei zu gewinnen, so haben wir, wenn sie sich nicht abgestoßen oder vernachlässigt fühlen, schon viel gewonnen.

Diese Schichtung der Wähler nach ihren ökonomischen Verhältnissen ist keine schwierige Aufgabe, wenn die Kreisleitungen im Besitze der Adressen sind. Da in den Landorten der Wohnungswechsel äußerst gering ist, bleibt das Adressenmaterial auf längere Zeit zuverlässig; es muß selbstverständlich von Zeit zu Zeit ergänzt werden.

Wie soll nun dieses Material beschafft werden? Teilweise können die Vertrauensleute die Adressen ermitteln, wo es aber an genügend Vertrauensleuten fehlt, müssen unsere Genossen bei Flugblattverbreitung, Zeitungsagitation oder anderen Gelegenheiten die Adressen zu ermitteln suchen.

Das so gewonnene Adressenmaterial dient nicht nur zur Verbreitung von Flugblättern, sondern ist auch bei der mündlichen Agitation außerordentlich nützlich zu gebrauchen.

Wie schwer sind in vielen Gegenden öffentliche Versammlungen zustande zu bringen; auch dort, wo genügend Versammlungslokale zu unserer Verfügung stehen. Die Presse ist vielfach gar nicht verbreitet; persönliche Einladung ist wegen mangelhafter Verbindung und weiter Entfernung unmöglich. Um wieviel leichter ist die Arbeit, wenn brieflich eingeladen werden kann. Wo die Versammlungen Sonnabends und Sonntags stattfinden müssen, können mehrere Orte eingeladen und auf diese Weise viel bessere agitatorische und organisatorische Erfolge erzielt werden. Ist die Agitation einige Zeit auf diese Weise betrieben worden, dann wird sich deren Wirkung sehr bald zeigen. Das Bedürfnis, mehr von uns zu sehen und zu hören steigt. Ohnehin muß man es auf dem Lande ja oft genug zu hören bekommen, wir kämen nur zu Wahlzeiten, um uns die Stimmen der Landbewohner zu holen. Gelingt es uns, das politische Leben auf dem Lande reger zu gestalten, dann wird es uns nicht schwer, unsere Presse zu verbreiten und Mitglieder für die politische Organisation zu werben. Die ausgegebenen Gelder kommen bestimmt wieder ein, und es gelingt uns, den Einfluß auf die öffentliche Meinung zu erhalten, ohne den wir unsere Erfolge nicht zu dauernden machen können. Unserer Aufklärungsarbeit folgt dann aber auch die gewerkschaftliche Organisation. Unsere Gewerkschaften haben in diesen ländlichen Kreisen nicht minder schwer zu arbeiten als die Partei. Wo sich die Industrie auf das platte Land ausdehnt, macht sich überall das Schlotherrentum breit und unterbindet jegliche Organisationstätigkeit. Die Arbeiter getrauen sich kaum eine Versammlung zu besuchen, aus Furcht, denunziert zu werden. Die Unternehmer unterhalten ein ständiges Spitzeltum. Haben wir aber eine Zeitlang schriftliche Agitation betrieben, dann beginnen sich auch die bedrücktesten Arbeiter zu regen und wir fassen festen Fuß für die Partei und Gewerkschaften. Es empfiehlt sich daher, daß sich die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der betreffenden Wahlkreise über die Agitationsweise verständigen und sie organisieren. Wenn die hier gegebene Anregung geprüft wird, werden die Genossen allerorts zugeben müssen, daß auf dieser Basis mit Voraussicht auf Erfolg gearbeitet werden kann.

Rüstungen und Steuerfragen.

Noch sind keine drei Jahre seit dem großen Steuerraubzug ins Land gegangen, und schon wieder erhebt sich die Frage: Woher Geld nehmen für Flotte und Militär? Trotz der furchtbaren Warnung vom 12. Januar will die Regierung das gewissenlose Spiel des Wettrüstens weiter fortsetzen, und zur Verwirklichung ihrer Pläne reichen, wie allgemein behauptet wird, die im Jahre 1909 bewilligten Steuern nicht mehr aus.

Schon hat auch wieder in der Presse das große Steuerraten begonnen. Man wagt es nicht, neue indirekte Steuern zu fordern, und verlangt auf konservativer Seite Besteuerung des mobilen Kapitals, auf liberaler die Wiedereinbringung der Erbschaftssteuer, für die man jetzt durch die Neuwahlen eine Mehrheit gesichert zu haben glaubt.

Viel zerbricht man sich auch den Kopf darüber, wie sich die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur „Deckungsfrage" verhalten werde. Nun ist die sozialdemokratische Fraktion noch nicht zusammengetreten, die Steuerentwürfe sind auch noch nicht da, und ihr Verhältnis zu den neuen Heeres- und Flottenvorlagen ist unklar. Daß die Sozialdemokratie alle neuen Rüstungsforderungen auf das allerentschiedenste bekämpfen wird, ist selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich ist, daß sie die Einführung neuer indirekter Steuern nicht zugeben wird. Dagegen wünscht sie dringend die Einführung von Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuern zum Ersatz der bestehenden Konsumsteuern und zur Bestreitung wichtiger sozialer Kulturbedürfnisse, die der kapitalistische Militärstaat ignoriert.

Die Sozialdemokratie verlangt ferner volle gesetzliche Sicherheit, daß die Kosten eines etwaigen Krieges nicht den breiten Massen des Volkes, sondern den tragfähigen Schultern der Besitzenden aufgebürdet werden. Je mehr die besitzenden Klassen zur Tragung der Kriegs- und Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr schwindet ihre Bewilligungsfreudigkeit und Kriegslust.

Die Sozialdemokratie kann demnach das elende System nicht billigen, das auf jedes durch den Militarismus in den Staatssäckel gerissene Loch eine neue Steuer flickt. Kann sie eine neue Belastung der Finanzen durch Heer- und Flottenausgaben nicht verhindern, und tritt infolgedessen die Steuerfrage abermals an das Reich heran, dann muß sie verlangen, daß endlich ein entscheidender Schritt zum Bessern gemacht wird. Es darf den besitzenden Klassen nicht gestattet werden, daß sie sich mit einem Trinkgeld von den „patriotischen Pflichten" loskaufen, von denen sie so gerne reden und die sie so ungern betätigen.

Jetzt spricht man von einem Bedarf von 75 Millionen Mark, den die Reichen decken sollen, nachdem man 400 Millionen den Armen auferlegt hat. Eine ordentliche Erbschaftssteuer nach englischem Muster bringt aber nicht 75 Millionen, sondern 450 bis 500 Millionen. Ihr Ertrag würde dazu ausreichen, alle Steuern abzuschaffen oder die Sozialversicherung auszubauen, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Es ist nicht einzusehen, warum das Reich hier, wo es den Reichen gilt, auf einmal zimperlich werden soll, nachdem es sich noch stets, wo es den Armen galt, im Zugreifen äußerst munter gezeigt hat.

Was die Sozialdemokratie will, ist also dies: Keine neuen Rüstungen, aber neue, den Besitz belastende Steuern zur Entlastung der Schwachen, zur Deckung von Kulturbedürfnissen. Und damit ist wohl auch die Linie gegeben, auf der die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion operieren wird. Ganz so einfach, wie manche liberale Freunde der Erbschaftssteuer wähnen, liegt die Sache also doch nicht! Unter diesen liberalen Freunden gibt es sehr viele, die die Erbschaftssteuer von 1909 nur deshalb liebten, weil sie klein war, die sich aber mit Schreck und Entsetzen von ihr abwenden werden, wenn sie größer wird. Die Sozialdemokratie wird aber auf die Portemonnaiegefühle ihrer Nachbarn zur Rechten ebensowenig Rücksicht nehmen können wie auf den legendarischen Familiensinn der Herren vom schwarz-blauen Block.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Abwehr der Geohrfeigten.

Allgemein ist die Erklärung der Regierung, daß sie an dem Wahlausfall keine Schuld trage, dahin gedeutet worden, daß Blätter vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung" mit einigen Ohrfeigen bedacht werden sollten. Diese Deutung war auch richtig, denn bereits meldet sich mit großem Geschrei Herr Dr. Oertel von der „Deutschen Tageszeitung" und antwortet der Regierung, daß sie sich von der Schuld nicht reinwaschen könne. Weder habe sie genügend betont, daß die Parteien, die die neuen Steuern beschlossen haben, sich damit um das Vaterland ein Verdienst erworben hätten, noch habe sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch genug geführt. Weil aber geteilter Schmerz nur halber Schmerz ist, stellt die

„Deutsche Tageszeitung" fest, daß die Ohrfeigen nicht bloß ihr, sondern sämtlichen konservativen und mittelparteilichen Blättern gegolten haben.

Stresemann-Stiftung!

Zur Erinnerung an den durchgefallenen Dr. Stresemann soll im 21. sächsischen Wahlkreis eine Stiftung errichtet werden. Bürgerliche Damen in diesem Kreise erlassen nämlich einen Aufruf, in dem es heißt:

„Mit dem Verluste unseres erzgebirgischen 21. Wahlkreises beklagen wir vor allem aufs schmerzlichste das Scheiden unseres hochverehrten, treuverdienten Abgeordneten im Reichstage, des Herrn Dr. Stresemann. Wir erzgebirgischen, nationalgesinnten Frauen empfinden tief mit unseren Männern den großen Verlust dieses ausgezeichneten Mannes und bitten daher alle Frauen und Jungfrauen, die mit uns empfinden, einen Beitrag zu spenden zugunsten einer Dr. Stresemann-Frauenstiftung, die unserem bisherigen Abgeordneten zur freien Verfügung für eine Stiftung im Wahlkreise überwiesen werden soll."

Ben-Akiba ist wieder einmal Lügen gestraft: So etwas war noch nicht da. Es ist doch gut, daß die Wähler Herrn Stresemann durchfallen ließen, sonst wären sie um diese Stiftung gekommen.

Staatsanwalt und Wahlprüfung.

Der „Tägl. Rundschau" wird aus Dresden telegraphiert, daß die dortige Staatsanwaltschaft, weil Genosse Gradnauer bei der Stichwahl 2000 Stimmen mehr als wie bei der Hauptwahl erhalten hat, eine Untersuchung darüber anstellen will, woher diese Stimmen gekommen sein können. Diese Untersuchung stützt sich auf die Vermutung, daß versehentlich eine größere Anzahl Arbeiter doppelt in die Listen eingetragen worden sind, und zwar einmal an ihrer Arbeitsstätte und einmal an ihrer Wohnstätte. Infolge dieses Irrtums soll eine größere Anzahl Arbeiter doppelt gewählt haben.

Wir halten diese Mitteilung, die natürlich unser famoses lübsches Amtsblatt abdruckt, für falsch, denn die Prüfung der Wahlakten ist Sache des Reichstags, nicht aber der Staatsanwaltschaft. Auch denn nicht, wenn der Unterlegene, der seinen Durchfall so überaus schmerzlich empfindet, zufällig in Dresden Landgerichtsdirektor ist. — Die „Dresdener Volkszeitung" bezeichnet die Behauptung, eine größere Anzahl von Arbeitern habe doppelt gewählt, als Schwindel, den sich der Wahllügenmacher aus seinen schmutzigen Fingern gesogen hat.

Reife Wähler.

Die konservative Presse wird nicht müde, die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterklasse als noch nicht reif für das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu erklären. Wie aber solche Wähler aussehen, die nach konservativen Begriffen völlig reif sind, das schildert die „Deutsche Tagesztg." in folgendem:

„So wird uns berichtet, daß in einem westpreußischen Ansiedelungsdorfe am Stichwahltage sämtliche Wähler mit Musik geschlossen und unter dem Kommando eines alten Soldaten zum Wahllokale gezogen sind. Dort haben sie Front gemacht, die Musik hat patriotische Weisen geblasen; „Deutschland, Deutschland über alles" ist von den Wählern mitgesungen worden; dann haben sämtliche Teilnehmer an dem Zuge selbstverständlich den deutschen Kandidaten gewählt. Nach einem Hoch auf den Kaiser ist der Rückmarsch angetreten worden."

Unter einer „reifen" Wählerschaft verstehen die Junker konservatives Stimmvieh!

Zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Nach der „Tägl. Rundschau" erörtern die verbündeten Regierungen die Frage, ob es zum höheren Schutz der deutschen Jugend vor sittlicher Verderbnis nicht angemessen wäre, die Paragraphen 184 a und b des Strafgesetzbuches und die Paragraphen 56 Abs. 12 und 42 a der Reichsgewerbeordnung einer Änderung, d. h. einer schärferen Fassung, zu unterziehen.

Der Kaiser als liberaler Wahlhelfer.

Auf der letzten Hoffestlichkeit hat, wie wir erfahren, der Kaiser dem Oberbürgermeister von Berlin, Herrn Kirschner, mit warmen Worten zur Wahl des Herrn Kämpf gratuliert und unter anderm wörtlich versichert: „Herrn Kämpf haben Sie mir zu verdanken. Ich hab' gehörig für ihn agitiert, den ganzen Tag und bis zu meinen Kutschern herab!" Wir finden, daß der Kaiser keinen sonderlichen Grund hat, auf das Ergebnis seiner Wahlagitation für Herrn Kämpf stolz zu sein. Herr Kämpf „siegte" bekanntlich nur mit 9 Stimmen!

Keine Wahlrechtsvorlage in Preußen.

Im Abgeordnetenhause gab am Mittwoch bei der Fortsetzung der Etatsberatung der Minister des Innern v. Dallwitz die Erklärung ab, daß die Regierung an die Wiedereinbringung einer Wahlrechtsvorlage vorläufig nicht denke. Die Regierung sei der Meinung, daß eine solche Vorlage bei der Zusammensetzung des Hauses keine Aussicht auf Verabschiedung habe, sondern daß dadurch höchstens die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien verschärft würden. Warum sie unter solchen Umständen nicht dazu schreite, den Landtag aufzulösen, und an das Volk zu appellieren, darauf blieb der Minister die Antwort schuldig. Im übrigen war seine Rede eine echte Scharfmacherrede gegen die Sozialdemokratie; er schreckte sogar nicht vor persönlichen Verunglimpfungen der Abgeordneten unserer Partei zurück und mußte sich deshalb, da der Präsident nicht einschritt, von unserm Genossen Hirsch den Vorwurf junkerlicher Frechheit gefallen lassen, wofür dieser natürlich einen Ordnungsruf erhielt.

Ganz ähnlich wie der Minister des Innern äußerte sich der konservative Abgeordnete Frhr. v. Zedlitz. Auch er will von einer Reform des Wahlrechts nichts wissen und verlangt ein scharfes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Seine Rede unterscheidet sich von der des Ministers nur in der Form, in der Sache aber laufen beide auf dasselbe hinaus.

Weiter kam noch der Abgeordnete Dr. Friedberg (natl.) zu Wort, der eine Abrechnung mit dem Zentrum für überflüssig erklärte, da gestern Genosse Hirsch das Scharfrichteramt bereits so vorzüglich ausgeübt hätte. Seine Ausführungen bewegten sich wesentlich auf finanztechnischem Gebiete. Nur am Schluß seiner Rede verstand er sich zu der Forderung einer energischen Durchführung der Polenpolitik. Ihm erwiderte der polnische Abgeordnete v. Tramczynski, der den Klagen und Beschwerden unserer polnischen Mitbürger beredten Ausdruck verlieh.

Der gesprengte Seniorenkonvent.

Freiherr v. Erffa, der neue Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich bemüht, den Wiederzusammentritt des Seniorenkonvents zu ermöglichen. Die Konservativen beharren jedoch auf ihrer Weigerung, den Seniorenkonvent zu beschicken, solange ihm ein Sozialdemokrat angehört. Der Versuch des Präsidenten ist sonach gescheitert.

Die Sozialistenhetze im badischen Landtage.

In der Sitzung des badischen Landtags vom Mittwoch gab der Minister v. Bodmann einen Kommentar zu der von ihm seinerzeit gemachten Äußerung: Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes. Der Minister erklärte, er habe sich damals in der Erregung über eine vorausgegangene Provokation nicht ganz präzise ausgedrückt. Nicht die Sozialdemokratie habe er so bezeichnen wollen, sondern die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich der christlichen Organisationen. Gegen die mißbräuchliche Ausnützung seiner Auslassungen müsse er entschieden Verwahrung einlegen. Minister v. Bodmann erklärt noch, daß er mit dem Staatsminister die vom Zentrum angeregte Sammelpolitik begrüße, weil er darin einen Weg erblicke zur Rettung des Vaterlandes vor der Sozialdemokratie; der Minister bedauerte ausdrücklich die Großblock-Politik, deren Verteidigung durch Staatsbeamte unter keinen Umständen geduldet werden könne.

Der nationalliberale Held.

Der im sechsten hannoverschen Kreis (Verden-Hoya) gewählte nationalliberale Abg. Held wurde noch in den letzten Tagen von der „Kölnischen Zeitung" abgeschüttelt. Das Blatt verwies darauf, daß Held „wegen verschiedener geschäftlicher Praktiken von der nationalliberalen Partei nicht mehr für würdig gehalten worden sei, länger in ihren Reihen zu sitzen, und daß er jetzt als Fraktionsloser in den Reichstag einziehe."

Für den, der die Heldschen Prozesse und sein früheres Ausscheiden aus dem Reichstage kennt, war das eigentlich selbstverständlich. Held hatte sich gegen den Willen der nationalliberalen Parteiorganisation selbst aufgestellt und wurde auch in der „Nationalliberalen Parteikorrespondenz" nicht in der Reihe der gewählten nationalliberalen Abgeordneten aufgeführt. — Er stand mit Heyl zu Herrnsheim hinter den offiziellen Parteivertretern.

Jetzt leistet nun die „Kölnische Zeitung" Abbitte, gleichzeitig im Namen der nationalliberalen Fraktion; sie schreibt:

„Wir bedauern aufrichtig, irregeleitet worden zu sein. Herrn Held ist, wie wir jetzt erfahren, im Namen der Fraktion die Erklärung abgegeben worden, daß man ihn nicht ausgeschlossen hat, und daß niemand von ihm verlangt hat, das Mandat niederzulegen. Nachdem Herr Held gereinigt aus seinen Prozessen hervorgegangen ist, stehen seinem Wiedereintritt in die Fraktion, soviel wir wissen, keine Hindernisse in den Weg."

Na also! Der Held wird wieder mit offenen Armen aufgenommen.

Der größte Lump im ganzen Land . . .

Schon bei der Düsseldorfer Reichstagsersatzwahl hat die Zentrumspresse sich nicht genug tun können in der Bezichtigung der Reichs- und Staatsbeamten, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten. Jetzt, bei den Stichwahlen, haben sich die beiden Blätter der Herren Bachem in Köln angelegen sein lassen, jeden Beamten zu denunzieren, der nicht gesonnen war, das Zentrum gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Das Perfideste auf diesem Gebiete ist ein Artikel des „Kölner Lokal-Anzeigers", worin ausgeführt wird, im Gegensatz zu den unteren und mittleren Postbeamten hätten die höheren Postbeamten nicht ihre Pflicht getan, um den „Sieg der vaterlandsfeindlichen roten Internationale" zu verhindern. Trotzdem die unteren und mittleren Angestellten bei der letzten Besoldungsreform am ungünstigsten gefahren seien, hätten sie „ein erhebendes Beispiel wahrer Vaterlandsliebe und deutscher Beamtentreue gegeben".

Dann heißt es weiter:

„Das gleiche kann man leider von der Mehrheit der höheren Postbeamten, unter denen viele Reserveoffiziere sind, nicht sagen. Viele haben ganz offen ihrem liberalen Empfinden nach jungliberaler Kölner Art Ausdruck gegeben und aus Zentrumshaß den Sieg der Sozialdemokratie als wünschenswert bezeichnet. Andere haben sich durch mittlere Beamte der eigenen Verwaltung mehrmals bitten lassen, ihrer Wahlpflicht zu genügen, und sind dann, soweit bis jetzt festgestellt, teilweise doch nicht zur Wahl gegangen. Andere freilich hatten's auch eilig; sie gingen und wählten — nicht Trimborn."

Aus diesen Mitteilungen geht deutlich hervor, daß die Schwarzen eine förmliche Überwachung der höheren Postbeamten organisiert haben müssen. Sonst klagt man darüber, daß die Wähler durch vorgesetzte höhere Beamte in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden; in Köln machen es die Schwarzen umgekehrt. Die feigen Denunziationen der Zentrumspresse zeigen, auf welchen sittlichen Tiefstand die Ultramontanen gesunken sind. Nach den Erfahrungen der eben beendeten Reichstagswahlkämpfe darf man sagen: Es gibt keine Niedertracht, deren die Klerikalen im Kampfe mit ihren Gegnern nicht fähig wären!

Die ausgeschalteten Fraktionen.

Zwei Fraktionen werden als solche voraussichtlich im neuen Reichstag verschwinden, die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung. Als Fraktion gilt nur eine Vereinigung von mindestens 15 Mitgliedern. Die beiden genannten bisherigen Fraktionen sind in ihrem Bestande aber unter die Zahl von 15 gesunken. Die Reichspartei ist bisher im Reichstag immer zu einer selbständigen Betätigung befähigt gewesen. Sie erlangte ihre größte Fraktionsstärke 1878 mit 57 Mitgliedern. 1881 zählte sie 27, 1890 20, 1903 19, 1907 25 und jetzt 14 Abgeordnete. Die Wirtschaftliche Vereinigung konnte bisher durch die Zusammenfassung von drei oder vier Gruppchen von Antisemiten und Agrariern ihre Selbständigkeit bei der Besetzung der Reichstagskommissionen behaupten. Das wird im neuen Reichstag aufhören; sie müssen anderswo unterschlüpfen.

Das Reichsversicherungsgesetz in der badischen Kammer.

Das Reichsversicherungsgesetz soll für Baden ein Einführungsgesetz erhalten, das gegenwärtig die Justizkommission der Zweiten badischen Kammer beschäftigt. Die badische Regierung schlug vor, die jetzigen vier Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung als Oberversicherungsämter ohne Angliederung an eine bestehende Verwaltungsbehörde (§ 64 R.-V.-O.) einzurichten; dadurch ist dann die Möglichkeit gegeben, ein badisches Landesversicherungsamt zu behalten.

Dieser Vorschlag wurde in der Kommission ohne Widerspruch angenommen. Dagegen wollte sich die agrarische Seite der Kommission, insbesondere der im Zentrum vertretene Teil, nicht mit dem § 2 des Ausführungsentwurfes einverstanden erklären, welcher unter grundsätzlichem Ausschluß der Landkrankenkassen nur Ortskrankenkassen (§ 227 R.-V.-O.) errichten will. Schließlich fand der Regierungsvorschlag einstimmige Annahme. Einstimmig wurde auch bestimmt, daß sich die Unfallversicherung auf alle Unternehmer der unter § 915 in Verbindung mit § 161 R. V. O. fallenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erstrecken soll, wobei die Versicherungspflicht auch auf die im Betriebe tätigen Ehegatten des Unternehmers ausgedehnt wird. Der Antrag der Sozialdemokratie wurde mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt, welcher entgegen dem Regierungsentwurf auch die unter zwölf Jahre alten Familienangehörigen versichert haben wollte, die im Betriebe des Familienhauptes tätig sind.

Karlsruhe ist Sitz der Berufsgenossenschaft. Die Genossenschaftsversammlung wählt den Genossenschaftsvorstand.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf direkte Urwahl der Vertreter zur Genossenschaftsversammlung wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Eine eingehende Debatte erregte die Frage, ob das bisherige System der Vertrauensärzte beizubehalten ist, oder ob man dazu besonders eingestellte Ärzte verwenden soll. Es bleibt schließlich bei dem bisherigen System.

Italien.

„Seesieg" im Roten Meer. In der ihr eigenen hochtrabenden Sprache schildert die „Agenzia Stefani" die glorreiche Eroberung einer angeblich türkischen — Barkasse durch zwei italienische Kriegsschiffe. Sie berichtet aus Massaua, 31. Januar: Der Torpedobootszerstörer „Bersagliere" ist hier angekommen. Er hatte eine Motorschaluppe im Schlepptau, die er, unterstützt von einer Barkasse des Kreuzers „Piemonte", bei Giubbana bei Ras el Ketib beschlagnahmt hatte. Die Barkasse des „Piemonte" und der Torpedobootszerstörer „Bersagliere" waren unter weißer Flagge auf der Fahrt nach Giubbana begriffen, um die Blockade bekanntzugeben. Nachdem dieser Auftrag von der Barkasse ausgeführt war, kehrte sie zum „Bersagliere" zurück; beide Schiffe zogen die weiße Flagge ein und zeigten nur noch die Nationalflagge. Dann näherte sich die Barkasse von neuem dem Lande und beschlagnahmte die Motorschaluppe, welche die englische Handelsflagge gehißt hatte, aber am Bug und Heck das türkische Wappenschild, den Halbmond mit weißem Stern im roten Feld zeigte. Auf dem Verdeck befanden sich zwei Gestelle mit Lafettengabeln, die offenbar für kleine Kanonen oder Maschinengewehre bestimmt waren, ferner elektrische Scheinwerfer. Widerstand wurde bei der Beschlagnahme nicht geleistet. Die aufgebrachte Schaluppe gleicht den Schiffen, die am 2. Oktober v. J. vor Hodeida durch italienische Kriegsschiffe zum Sinken gebracht worden sind.

Nun ist Italiens Geschichte um eine neue Waffentat reicher!

China.

Die Revolution. Kaufleute von Tschifu nahmen unter Mithilfe der Garnison den Gouverneur Tu gefangen. Tu, der mit Soldaten in Tschifu eingetroffen, war ein Betrüger. Er erklärte den dortigen Behörden, der Präsident der Republik habe ihn zum Gouverneur ernannt, während er dem Präsidenten der Republik meldete, daß die Bevölkerung von Tschifu ihn zum Gouverneur gewählt habe.

Nach einer Pekinger Meldung der „Daily Mail" ist die japanische Flotte, wie es heißt, zu den Wintermanövern in Port Arthur eingelaufen. Wahrscheinlich bezwecke diese Bewegung die Überwachung der Bewegungen der chinesischen revolutionären Kreuzer und Transportdampfer vor dem nicht 400 Kilometer von Peking entfernten Tschifu. Es sollen 3000 Kaiserliche von Tsinanfu im Anzuge gegen Tschifu sein, während angeblich 25 000 Mann republikanischer Truppen die Südstrecke der Tientsin-Pukau-Bahn entlang auf dem Marsche nach Norden wären. Hier hat es in politischen Kreisen einiges Aufsehen erregt, daß in der japanischen Kammer die Angabe bestätigt wurde, der japanische Gesandte habe in Peking vor einiger Zeit erklärt, unter keinen Umständen werde Japan die chinesische Republik anerkennen.

Aus Anlaß der Verhaftung mehrerer Japaner, die der revolutionären Propaganda verdächtig sind, ist eine japanische Truppenabteilung zum Schutz von Leben und Eigentum der Japaner einmarschiert. Es sind 37 Revolutionäre hingerichtet worden. In der Stadt Mukden herrscht große Erregung. Die Geschäfte sind zum Teil geschlossen. Viele Einwohner verlassen Mukden.

Das Auswärtige Amt teilt mit: Die Kaiserin-Witwe hat das Kabinett davon unterrichtet, daß der Thron sich für den Frieden entschieden habe, und die Minister angewiesen, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 1. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grützmühle H. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Donnerstag, dem 1., am Freitag, dem 2. und am Sonnabend, dem 3. Februar, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am kommenden Montag abend stattfindet, hat nicht nur die in letzter Sitzung unerledigten, sondern noch verschiedene neue Senatsanträge zu beraten. Die nunmehrige Tagesordnung lautet: I. Anträge des Senates: 1. Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 2. März 1903, die Erhebung einer Straßenbauabgabe betreffend. 2. Austausch von Grundstücken in Travemünde mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. 3. Erwerb des Eigentums an Erbpachtstellen in Krempelsdorf durch die Firma Hiby u. Co., G. m. b. H. 4. Errichtung einer Seebadeanstalt auf dem Priwall bei Travemünde. 5. Vermietung der Strandkörbe in Travemünde. 6. Verkauf des Grundstücks An der Untertrave Nr. 1 und eines Teiles des Grundstücks An der Untertrave Nr. 3a an den Verein Lübecker Seemannsheim. 7. Verlängerung der Geltungsdauer der Gebührensätze für die Güterbeförderung nach den Kanalgleisen. 8. Umwandlung der Stelle des Fischereiaufsehers in Travemünde in eine etatsmäßige. 9. Abänderung der Bekanntmachung vom 19. März 1877, die Beihilfe des Staates zu den Kosten der Armenunterstützung für Forstarbeiter und Angehörige derselben betreffend. 10. Zulassung der Schlutuper Filiale der Lübecker Privatbank zur Stempelaversionalzahlung. 11. Verwendung der für den Ausbau des Vorwerker Friedhofs bis 1916 vorgesehenen Mittel. 12. Erstreckung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zu dem Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1912. 13. Erlaß eines Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für ihre Beamten. 12. Zweigleisiger Ausbau der Straßenbahn nach Israelsdorf. 15. Erlaß von Gesetzen über die Beaufsichtigung des Kostkinderwesens und über die gesetzliche Berufsvormundschaft. 16. Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten einer Hafenfähre. II. Antrag von Heinsohn: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die amtlichen Bekanntmachungen getrennt von einer Tageszeitung für sich herausgegeben werden können. III. Eingabe des Vereins für Frauenstimmrecht und weiterer Vereine, betr. Einführung von Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge.

Beim „Liberalen Totentanz" in der Stadthalle, der den „vereinigten Bürgerlichen" gar nicht gefallen wollte, wirkte neben Herrn Klein als Hauptakteur auch der vormalige Reichstagsabgeordnete Sommer mit. Jetzt hat beide das gleiche Schicksal ereilt. Herzlichen Abschied nahmen nunmehr die Wähler des Kreises Zeitz-Weißenfels-Naumburg vom Rektor Sommer, der am 12. Januar von unserem Genossen Thiele aus dem Sattel gehoben wurde, mit folgendem Gedicht:

Sommer ade,
Scheiden tut weh!
Aber dein Scheiden macht,
Daß uns das Herze lacht,
Sommer ade!

Der stille Wunsch, daß dieser Sommer nicht wieder kommen möge, klingt aus dieser hübschen Strophe. Er ist gewiß ehrlich gemeint.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1191/12 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar 1912 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Hochofenwerk. Schon öfter sind Klagen geführt worden über die Arbeitsverhältnisse auf dem Hochofenwerk in Herrenwyk; jetzt sind es hauptsächlich die dort am Hafen beschäftigten Leute, welche Anlaß zur Klage haben. Von ihnen wird verlangt, daß sie des Morgens zu ihrem Arbeitsplatz gehen; ist dann Arbeit vorhanden, so treten sie in Beschäftigung, ist nichts vorhanden, dann können sie wieder nach Hause gehen. Entschädigt wird den Leuten für diesen Weg nichts. Früher wurden hierfür zwei Stunden bezahlt. Gelingt es nun den Leuten in Arbeit zu treten, so wird es als ein großer Übelstand empfunden, daß die Frühstückspause im allgemeinen sehr spät gemacht wird; ist es doch schon vorgekommen, daß erst um 10 Uhr das Frühstück eingenommen werden durfte, was jedenfalls für diejenigen Arbeiter, die schon den Weg von Lübeck nach dort gemacht haben, nicht sehr angenehm ist. Es wäre doch wohl angebracht, wenn die Frühstückspause schon um 8 Uhr eintreten könnte. Auch sind während der Arbeitszeit zu wenig Pausen vorhanden, denn während einer 10stündigen Arbeitszeit werden meistens nur zwei Pausen abgehalten. Bei einer derartigen Arbeitsleistung erscheint das als zu minimal. Auch ist das Versprechen von der Leitung des Hochofenwerks gegeben, daß die Wechselschicht von Sonntag- bis Montagmorgen nur in dringenden Fällen ausgeführt werden solle. Gegenwärtig ist sie aber schon zur Gewohnheit geworden, denn diese Schicht findet jetzt regelmäßig statt. Wenn das Versprechen von der Leitung damals gegeben ist, daß die Wechselschicht nur in dringenden Fällen erfolgen soll, so muß das auch im Werke durchzuführen sein. Ferner wird auch das abendliche Warten auf die Kontrollkarten als ein Übelstand von den am Hafen Beschäftigten bezeichnet. Die Kontrollkarten werden den Arbeitern des Morgens abgenommen und müßten ihnen dann bei Schluß der Arbeitszeit wieder verabfolgt werden, was auch ganz gut möglich wäre; es geschieht das aber nicht, sondern die Arbeiter müssen warten, bis dieselben ihnen wieder zugestellt werden. Des ferneren wird den Arbeitern der Inhalt des Schiffes nicht bekannt gegeben; somit sind sie nicht in der Lage, ihren Verdienst durchrechnen zu können. Die Hafenarbeit auf dem Hochofenwerk ist sehr gefährlich, und doch werden zu dieser Arbeit häufig ganz unerfahrene Arbeitskräfte kommandiert, die keine blasse Ahnung vom Löschen der Schiffe besitzen und somit dabei recht oft in Lebensgefahr geraten. Hier sollte die Leitung wenigstens darauf sehen, daß nur geübte, im Schiffelöschen bewanderte Arbeiter zu solcher Arbeit herangezogen würden. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Es ist das ja eigentlich nichts Neues bei der Firma Hochofenwerk, aber es soll dennoch mit erwähnt werden. Kurz zusammengefaßt sind dies alles Mißstände, die abänderungsbedürftig sind. Daß sie nicht schon lange abgeändert sind, daran tragen die Arbeiter mit einen Teil der Schuld. Die Ausbreitung der Organisation auf dem Werke würde schon ein ganz Bedeutendes wirken, deshalb können wir die Arbeiter nur darauf verweisen: Schließt Euch zusammen, denn nur durch Eure Einigkeit seid Ihr in der Lage, Euch bessere Zustände zu erkämpfen.

Die Sterblichkeit nach sozialen Klassen. Daß die Höhe der Sterblichkeit von dem sozialen Milieu, in dem die Menschen leben, überaus stark beeinflußt wird, ist eine alte Erfahrung, deren ziffernmäßige Erfassung aber immer wieder das Interesse beansprucht. Aus diesem Grunde wird man den Ergebnissen einer Untersuchung Beachtung schenken, die das bremische Statistische Amt über die Sterblichkeit nach sozialen Klassen in der Stadt Bremen angestellt hat. Danach ist die Gesamtsterblichkeit der Kinder von weniger als 1 Jahr in der sozialen Unterschicht vergleichsweise ganz enorm. Sie ist rund fünfmal so groß wie bei den Wohlhabenden und fast dreimal so groß wie beim Mittelstand. Als Todesursache stehen bei den Ärmeren die Atrophie sowie Magen- und Darmkatarrh weitaus im Vordergrund. Fast ebenso ungünstig gestaltet sich die Sterblichkeit der ärmeren Kinder von 1 bis 5 Jahren. Gegenüber den Wohlhabenden ist hier der verhältnismäßige Vorsprung noch größer. Er beläuft sich fast auf das Zehnfache. Besonders auffällig ist die außerordentlich hohe Sterblichkeit der ärmeren Kinder an Masern und Keuchhusten sowie an Krankheiten der Atmungsorgane. Bei der Altersgruppe von 5 bis 15 Jahren sind die Todesfälle am seltensten und die Unterschiede zwischen den einzelnen sozialen Schichten gering. Sie nehmen aber schon in der Altersstufe von 15 bis 30 Jahren wieder zu. Die Differenz zuungunsten der ärmeren Schichten wächst, — in dem die Lungentuberkulose die Todesfälle stark vermehrt. Auch in der Altersstufe von 30 bis 60 Jahren ist die Tuberkulose die Ursache, daß in den ärmeren Schichten die Sterblichkeit erheblich über den Gesamtdurchschnitt hinausgeht. In der letzten Altersstufe gleichen sich die Unterschiede in der Sterblichkeit wieder stark aus. Hier tritt in den Todesursachen eine größere Abweichung nach dem Geschlecht ein. Bei den Frauen ist Altersschwäche, Lungenentzündung und Krebs eine häufigere Todesursache, bei den Männern dagegen Herz- und Blutgefäßerkrankungen sowie Gehirnschlag und sonstige Krankheiten des Nervensystems. Dieser Unterschied macht sich in sämtlichen sozialen Schichten ziemlich gleichmäßig geltend.

Den schweren Ausschreitungen der Streikbrecher, die von diesen am Sonntag im „Alten mecklenburgischen Landkrug" begangen wurden, schenkt nunmehr auch die bürgerliche Presse einige Aufmerksamkeit, allerdings nicht in Lübeck, sondern in Kiel. Die hiesigen sonst so geschwätzigen Klatschblätter sind plötzlich sprachlos geworden. Aber auswärtigen Zeitungen gibt man gegen bar Kunde davon, daß in Lübeck Streikbrecher wie die Wilden hausen. Wie nennt man ein solches Verfahren?!

Gebote für den Winter. Richte deine Kleidung nach der Witterung. Packe dich nicht zu warm ein; mache aber fleißig kurze Luftbäder.

Behalte in geheizten Räumen nicht die Überkleidung an, besonders beim Reisen in den meist überheizten Eisenbahnwagen.

Du sollst nicht durch den Mund, sondern durch die Nase einatmen, damit die Kälte der Luft abgeschwächt wird, bevor sie in die Lungen tritt.

Du sollst dich nicht mit dem Rücken gegen Wände und Öfen lehnen, gleichviel ob diese warm oder kalt sind.

Wenn im Freien deine Hände und Füße kalt werden, wärme dich durch starke Bewegung, nicht durch übermäßiges Trinken heißer Getränke, besonders alkoholischer.

Du sollst nicht versäumen, so oft als möglich ein Bad zu nehmen; denn wenn die Haut nicht frisch und rein erhalten wird, zieht die Kälte die Poren zusammen und macht den Körper für Krankheiten empfänglicher.

Du sollst dich niemals mit nassen oder kalten Füßen zu Bett legen, wenn du nicht schlaflos bleiben willst.

pb. **Verhafteter Heiratsschwindler.** Festgenommen wurde ein Tiefbauunternehmer aus Bannemin, der sich hier in Lübeck des Heiratsschwindels schuldig gemacht hat, indem er annoncierte, daß er Heiraten mit Damen, die ein Vermögen bis zu 80 000 Mk. besäßen, vermittle, und sich von allen Personen, die sich an ihn wandten, 10 Mk. einsenden ließ, ohne in der Lage zu sein, sein Versprechen zu halten.

pb. **Entwendete Uhr.** Am 24. ds. Mts. ist aus einem Bodenzimmer des Hauses Parchamstraße Nr. 4 eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Uhr fehlte das Glas. In dem hinteren Deckel sind die Worte: „Vom Großvater zur Konfirmation" eingraviert.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 2. Februar, abends 6—7 Uhr.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Mit dem heutigen Tage beginnt Harry Walden sein Gastspiel, welches für Lübeck wirklich ein Ereignis ist. Von hier geht Walden nach Hamburg, dann auf einige Monate nach Wien und Budapest. Nur durch große Opfer ist es Direktor Gollbach gelungen, den beliebtesten Künstler Deutschlands für Lübeck zu gewinnen. Jedenfalls wird niemand versäumen, diese Gastspiele zu besuchen. Zu diesem Gastspiel hat nun die Direktion wohl eines der vornehmsten Varieteprogramms zusammengestellt. Willi und Billi, die lustigen Röcke, Le Romanis mit ihrem musikal. Akt „Der Trompeter von Jericho" mit ihrem Rieseninstrument, mit dem sie nicht nur Menschen, sondern auch ein Klavier, Stühle, Tische und Vasen umblasen. The 4 Alantics, die vornehmsten Akrobaten, The Lanzas mit ihren Bravourtänzen und akrobatischen Tänzen sind, ebenso wie alle auftretenden Spezialitäten für Lübeck neu. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, geht das heitere Traumspiel „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt" von Apel, Musik von Beermann erstmalig in Szene. Der Hauptreiz des Stückes liegt in dem sonnigen und frohen Humor. In den Hauptrollen sind die Damen Wuttke, Hilbrecht, Landien, Gerlach sowie die Herren Haß, Schweisguth, Heydecker, Albert, Pauly, Nowack beschäftigt. Am Sonnabend, abends 7 Uhr, gelangt Wagners Musikdrama „Die Walküre" zur Aufführung. Als „Wotan" wird Herr Garmo vom Hamburger Stadttheater ein Gastspiel auf Engagement für die nächste Spielzeit absolvieren.

Stockelsdorf. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am 30. Januar bei Paetau in Fackenburg statt. Dieselbe war gut besucht, auch von den Genossinnen. Aufgenommen wurden 5 Genossen und 1 Genossin, Mitgliederzahl 413. Die Einnahme vom 4. Quartal 1911 betrug 959,47 Mk., die Ausgabe 938,52 Mk., Kassenbestand 20,95 Mk. Die Kosten der Haupt- und Stichwahl sind mit in der Abrechnung eingerechnet. Im Verschiedenen wurde die Reichstagswahl sowie Stichwahl sehr lebhaft besprochen.

Hamburg. Verdorbene Wurst. Die früheren Schlachter, jetzigen Händler J. Ficus, Remien und Heide, die von Mai bis September v. Js. wissentlich verdorbene Wurst und Schinken, namentlich in Gastwirtschaften verkauft haben, wurden mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit ihrer Handlungsweise Ficus und Remien zu je 6 Monaten, Heide als der weniger Schuldige zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Hamburg. Das Prädikat „Herr". Zu der Frage, ob einem Beklagten in einem Zivilprozeß der Anspruch auf das Prädikat „Herr" zukommt, hat indirekt das Schöffengericht Ahrensburg Stellung genommen. Einem Hamburger Kaufmann war von einem Rechtsanwalt eine Klageschrift zugegangen, in der unter Benutzung des üblichen gedruckten Formulars die Parteibezeichnung lautete: Klage des A. gegen den Kaufmann Wilhelm v. Pustau; die Zustellung der Klage erfolgte durch den Gerichtsvollzieher. In einem Antwortschreiben an den Rechtsanwalt bezeichnete Herr v. Pustau die Form der Zustellung als eine „grobe Ungehörigkeit" und die Anrede als „eine kolossale Dreistigkeit". Auf Anzeige des Rechtsanwalts leitete die Staatsanwaltschaft gegen Herrn v. Pustau die Beleidigungsklage ein. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft vertrat in der Verhandlung den Standpunkt, daß eine formale Beleidigung vorliege, und beantragte eine Geldstrafe von 50 Mk. Das Gericht kam zu einem Freispruch. In der Begründung wird ausgeführt, daß die beiden Ausdrücke zwar formell beleidigend seien, doch habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Kiel. Strafbare Benutzung einer fremden Bauzeichnung. Wegen unlautern Wettbewerbs hat das hiesige Landgericht am 18. Oktober v. J. den Kaufmann Ernst Müller zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte Kl. ist freigesprochen worden. M. lernte im Sommer 1900 den Bauunternehmer G. kennen, dem er erzählte, daß er bauen wolle. G. fertigte deshalb eine Bauzeichnung an und sandte diese dem M. Dieser verwirklichte seinen Plan aber erst im Frühjahr 1911. Inzwischen war der Architekt Kl. zu Müller gezogen. Diesem gab M. die Zeichnung, die er von G. noch besaß und übertrug ihm den Bauauftrag. Kl. änderte in der Zeichnung nur noch einige Kleinigkeiten. Er war wegen Verletzung des Urheberrechts angeklagt. M. hatte gegen seine Verurteilung Revision eingelegt mit der Begründung, daß das Gericht zu Unrecht etwas Strafbares in seinem Handeln erblickt habe. Das Reichsgericht bestätigte indessen heute das Urteil, indem es die Revision als unbegründet verwarf.

Kiel. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie war jedenfalls ein Prozeß entstanden, der vor dem Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe gegen den Funkentelegraphie-Obermaaten Osthaus vom kleinen Kreuzer „Stettin" verhandelt wurde. O. sollte dadurch gegen einen Flottenbefehl verstoßen haben, daß er in Gegenwart von Zivilpersonen sozialdemokratische Gesinnung zur Schau trug. Osthaus hatte in der Silvesternacht gegen 12 Uhr zusammen mit einem Kameraden das Schiff, das in der Werft lag, verlassen, ohne Urlaub zu haben. Sie begaben sich in ein Cafe im Gaardener Stadtteil und setzten sich an einem Tisch nieder. An einem Nebentisch saßen sechs junge Leute, von denen einer auf einer Ziehharmonika die Marseillaise spielte. Osthaus ging hin zu dem jungen Manne und erklärte ihm, wenn er das Lied weiter spielen würde, gingen sie (die Marinesoldaten) weg, der Zivilist spielte dann ein anderes Lied. Da kam aber der Friseur M. hinzu und verlangte, daß die Marseillaise noch einmal gespielt würde. Zu O. sagte er, wenn sie das Lied nicht hören wollten, sollten sie nur das Lokal verlassen. M. war dabei sehr aufgeregt und setzte sich dann wieder an seinen Tisch, wo auch der Uhrmacher U. saß. Dem O. war es wohl nicht angenehm, daß M. ihn so aufgeregt verlassen hatte, er begab sich an den Tisch, wo M. und U. saßen und bot ihnen Bier an, das diese aber ablehnten. Darauf sagte O. zu den beiden: „Ich bin durch und durch rot und bin auch Sozialdemokrat. Ich sch . . . auf die ganze Marine. Mich können sie nicht mehr meinen, denn ich gehe doch bald ab und nach Amerika, da habe ich einen reichen Großvater und kann da viel Geld verdienen." M. erwiderte ihm, er solle man ruhig bei der Marine bleiben, denn in Amerika verdiente er auch nichts. Sie tranken dann noch ein Glas Bier zusammen. O. bat die beiden noch, sie sollten ihn man nicht melden, weil er ohne Urlaub von Bord gegangen sei und setzte sich dann wieder an seinen Tisch. Bald darauf verließ er das Lokal. Die Sache wurde von einem Kriminalschutzmann Kähler, der durch andere Personen davon gehört hatte, zur Anzeige gebracht. Es wurde eine große Staatsaktion in die Wege geleitet, um den vermeintlichen Sozialdemokraten zu bestrafen, aber die Aktion nahm ein klägliches Ende. Vor dem Kriegsgericht wurde festgestellt, daß O. die Äußerung in angetrunkenem Zustande getan hatte, um zu renommieren und daß von einer „sozialdemokratischen Gesinnung" bei ihm keine Rede sein konnte. Man verurteilte den Obermaaten wegen Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl zu 14 Tagen Mittelarrest.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 31. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55—1,60, Hasen 3—3,50 Mk., Enten 4,00—4,60 Mk. Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stück 2,00—2,80 Mk., Tauben Stück 0,55—0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,65—0,00 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,85—0,95 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 11-12 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 40—60 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 50—60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 31. Januar.

Auftrieb 1602 Schweine. Markt rege geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 58,— bis 59,— (46,50 bis 47,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 57,— bis 58,— (45,50 bis 46,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 57,— bis 58,— (44,50 bis 45,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 56,00 bis 57,50 (43,50 bis 45,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,— bis 55,00 (38,00 bis 42,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 53,— bis 55,00 (42,50 bis 44,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 46,00 bis 52,00 (36,00 bis 40,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. G. Sämtlich in Lübeck.

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten".

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Silvester-Komitee.

Freitag abend 8½ Uhr

Abrechnung.

Plötzlich und unerwartet starb unser lieber guter

Fritz

im Alter von 10 Jahren. Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und Angehörigen.

H. Rönpage und Frau, Hartengrube 46, I.

Beerdigung Sonnabend, den 3. Februar, mittags 1 Uhr, von dem Gewerker Friedhof.

Sucht in **Laufmädchen oder Nachmittagsmädchen.**

Karlstraße 1.

Ein gewandter Laufjunge außer Schulzeit gesucht.

Drögestr. 11.

---

2 weiße Kachelöfen u. 2 Kachelbade zu verkaufen.

Näheres Engelswisch 31.

Schlacht- und Milchziegen zu kaufen.

Stockelsdorf, Hohlweg 6.

Dunkelblauer Sitz- und Liegewagen billig zu verkaufen.

Schwartauer Allee 81.

Schöne Damen-Maskenkostüme billigst zu vermieten.

Wahmstraße 27, II.

Flotter Damen-Maskenanzug billig zu vermieten.

H. Krohn, Seereg.

Achtung!

Kohlenkutscher und Kohlenplatzarbeiter!

Versammlung

am Freitag, 2. Februar

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —

100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Johannisstraße 46.

Heute beginnt mein

Inventur-Ausverkauf.

Es kommen zum Verkauf, teilweise auch im Schaufenster ausgelegt:

Knaben-Schulstiefel Rindleder, kräftig

Größe 27—30 **3.90** Mk. 31—35 **4.50** Mk. 36—39 **5.50** Mk.

Herren-Rindbox-Zug- und Schnürstiefel

spitze und breite Form **7.90** Mk.

Herren echt Boxkalf-Schnürstiefel

von **8.75** bis **12.50** Mk.

Herren-Arbeitsschuhe mit Eisen	**4.25** Mk.
Herren-Hausschuhe	**3.25** Mk.
Damen-Hausschuhe	**2.35** Mk.
Rindbox-Mädchenstiefel Gr. 31-35 **3.90** u.	**4.50** Mk.

und noch vieles nicht Genanntes mehr.

Heinr. Beckmann

Reiferstraße 3, bei der Schwartauer Allee.

Restaurant „Zur goldenen Traube",

Depenau 27.

Freitag, d. 2. Februar 1912:

Grünkohl-Essen.

Anfang morgens 10 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Hans Grevesmühl.

UNIVERSUM.

Das lustige

Heinr. Kalnberg-Ensemble

(10 Personen).

Beginn 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

Nach d. Vorstellung: **Kabarett.**

Hansa-Theater.

Telephon 610. Telephon 610.

Dir. Reinh. Gollbach.

8½ **Uhr** 8½

Gastspiel Harry Waldens

in

„Sein Herzensjunge"

sowie

erstklassige Spezialitäten.

Billi u. Willi **Les Lansaz**

Les Romanis

The 4 Atlantics.

Sonntag nachm. 4 Uhr:

Fremden- u. Volks-Vorstellung

zu kleinen Preisen.

Auftreten sämtlicher Künstler.

Vorverkauf: Sager, Zigarrengeschäft, Kohlmarkt, Niemeyer, Zigarrengeschäft, Breite Straße 63. Telephon 1583.

Von Pol zu Pol

von Sven Hedin

ist wieder vorrätig. Preis **3** Mark.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, dem 11. Februar:

Die Räuber. Trauerspiel von Friedr. Schiller, sind

Textbücher

im Preise von 20 Pfg. bei uns zu haben.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

In erstklassiger Qualität

zu billigsten Preisen

alle Sorten

Koks, Kohlen, Briketts

Christian Gäde

Nur Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

Lager bei der Drehbrücke.

Prima dicke Flomen	Pfund nur	**0.70**	Mk.
„ **Rippespeer**	Pfund	**1.00**	„
„ **geräucherte Nacken**	Pfund	**1.00**	„
„ **frisch. u. gef. Eisbeine**	Pfund	**0.55**	„
Kochrippen	Pfund	**0.30**	„

Friedr. Paetau, Wurstfabrik,

Mühlenstraße 27.

Vom

Neuen-Welt-Kalender

für 1912 sind noch einige Exemplare vorrätig.

beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, sowie Freunden und Gönnern zur gefl. Mitteilung, daß ich

Hafenstr. 16a eine Restauration

eröffne. Indem ich für gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung stets Sorge tragen werde, ersuche ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll **Fritz Wendt.**

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:

Ch. Dickens ausgewählte Werke

2 Bände, elegant gebunden Mk. **3.—**

Ferner sind wieder eingetroffen:

Fritz Reuters Werke

in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. **3.—**

Als Nachschlagebuch:

Der Ratgeber für das praktische Leben.

Elegant gebunden Mk. **2.75**

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Neues Stadttheater.

Freitag, 2. Februar. 7½ Uhr.

Voll-Ab. 116. Außer Freitag-Ab.

Zum 1. Male! Neu!

Hans Sonnenstößers Höllenfahrt.

Ein heiter. Traumsp. von Paul Apel. Musik von Beermann.

Sonnabend, 3. Febr. Abds. 7 Uhr.

Voll-Ab. 117. Sonnabend-Ab. 11.

Die Walküre.

Erster Tag aus d. Bühnen-Festspiel **„Der Ring des Nibelungen"** von Richard Wagner.

„Wotan" . . . . Harry de Garmo v. Hamburger Stadttheater a. Gast.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 27. Donnerstag, den 1. Februar 1912. 19. Jahrg.

Die Schulversäumnis-Ordnung im Fürstentum Lübeck.

Mit dem 1. Januar trat das neue Schulgesetz in Kraft. Zu diesem Gesetz erließ das Ministerium der Kirchen und Schulen zu gleichem Zeitpunkte Ausführungsbestimmungen. Solche erhielten u. a. auch sämtliche Mitglieder des Schulvorstandes. Eine weitere Veröffentlichung erfolgt nicht, obwohl in diesen Ausführungsbestimmungen Anweisungen enthalten sind, die jeder Schulinteressent wissen muß. Bekanntlich schützt Unkenntnis der Gesetze nicht vor Strafe. Darum seien die wichtigsten Bestimmungen über die Schulversäumnis-Ordnung hier mitgeteilt. Denn gerade auf diesem Gebiet kommt man am ersten mit dem Gesetz in Konflikt. (Die Leser aus dem Fürstentum Lübeck tun daher gut, wenn sie sich diese Zeitung aufbewahren. D. Red.)

Über die Schulversäumnisse befindet der Gemeindevorsteher, d. h. er wacht über die Schulversäumnisse und verhängt die Strafen über unentschuldigtes Fehlen. Früher hatte dieses die Regierung. Erlaubnis erteilt — von Ausnahmefällen abgesehen — der Gemeindevorsteher. Darum braucht man nun noch nicht jeder Versäumnis wegen zum Gemeindevorsteher zu laufen. Fehlt z. B. ein Kind wegen Krankheit, oder darf es wegen ansteckender Krankheiten die Schule nicht besuchen, so ist dem Hauptlehrer oder dem Klassenlehrer dies mitzuteilen. Desgleichen ist man berechtigt, bei sehr schlechtem Wetter die Kinder ohne weiteres zu Hause zu behalten. Eine Mitteilung an den Lehrer genügt. Hat man für das Kind notwendige Besorgung zum Arzt oder zur Apotheke für Familienmitglieder, so genügt ebenfalls die Anzeige beim Lehrer, ob vorher oder nachher bleibt sich gleich. So kann man sein Kind zur notwendigen Krankenpflege (besonders der Mutter) vorläufig einen Tag oder zwei zu Hause behalten und hat nur die Anzeige zu machen. Für eine längere Zeit muß man selbstverständlich um Urlaub einkommen, d. h. beim Gemeindevorsteher. Bei Sterbefall in der Familie hat das Kind Urlaub, es ist nur dem Klassenlehrer Anzeige zu machen.

Für alle plötzlich eintretenden Fälle braucht kein Mensch zum Gemeindevorsteher zu laufen, da genügt die Anzeige beim Lehrer, man hat mit dieser sogar etwas Zeit. Es bleiben für die umständlichen Erlaubnisgesuche beim Gemeindevorsteher nur solche Versäumnisse übrig, die man schon länger vorher wußte. Die meisten Eltern werden in ganz wenigen Fällen davon betroffen werden, am meisten wird es eintreten, wenn Kinder im Berufe der Eltern (besonders landwirtschaftlichen) mit tätig sein sollen. Wo im Sommer ungeteilte Schulzeit eingeführt ist (nur vormittags Schule ist) darf überhaupt kein Urlaub erteilt werden, und wo geteilte Schulzeit besteht, erhalten auch nur die obersten vier Jahrgänge Erlaubnis. Wer seine Kinder in dieser Weise für sich und für andere zur landwirtschaftlichen Arbeit heranziehen will, besorgt sich zu Anfang des Schuljahres schon die Erlaubnis, im ganzen können 15 halbe Tage gewährt werden. Man unterbreitet dem Gemeindevorsteher das Gesuch. Im Einverständnis mit dem Pastor erteilt nach Anhörung des Hauptlehrers der Gemeindevorsteher schriftlich Erlaubnis. Der Beurlaubte kann die Tage nach seinem Ermessen verbrauchen. Den Landwirten winkt in dieser Bestimmung eine schöne Aussicht auf billige Hütejungen. Ganz einseitig wird die landwirtschaftliche Arbeit besonders berücksichtigt. Für andere Hilfeleistungen heißt es in den Ausführungsbestimmungen: „Aus besonderen Gründen kann eine solche Erlaubnis ausnahmsweise auch zu anderen Zwecken sowohl im Sommer, wie im Winter in gleicher Weise erteilt werden, jedoch nur höchstens 10 Halbtage im Jahr. Kann in eiligen Fällen die Erlaubnis vom Gemeindevorsteher nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden, so darf der Hauptlehrer aus dringlichen Gründen ein Kind vom Unterricht befreien, indessen nur für 2 Halbtage im Halbjahr. Kein Kind darf im ganzen für mehr als 20 Halbtage im Schuljahr vom Unterricht befreit werden." Diese Bestimmungen atmen so recht den agrarischen Geist des ganzen Schulgesetzes aus. Warum wird nur für landwirtschaftliche Arbeiter so leicht Erlaubnis erteilt? Ist andere Berufsarbeit nicht gleichwertig? Es sei hier zum Beispiel ein recht krasser Fall angeführt, der die ganzen Ausführungsbestimmungen über die Schulversäumnisordnung im eigenartigen Licht erscheinen läßt. Wir nehmen an, es handelt sich um eine Witwe mit fünf unversorgten Kindern. Sie ernährt sich als Waschfrau, doch geht es nicht anders, zweimal in der Woche muß sie eins von ihren größeren Kindern zu Hause behalten. Für solche Sachen kann nur ausnahmsweise bis zu zehn Halbtagen im Schuljahr beurlaubt werden, für ländliche Arbeiten werden im Sommer 15 Halbtage gewährt.

Es erübrigt sich nun noch ein kurzes Wort über die unentschuldigten Versäumnisse. Der Klassenlehrer hat dafür zu sorgen, daß im Falle unentschuldigter Versäumnisse die Eltern oder Erzieher bald Kenntnis davon erhalten, daß ihnen eine Bestrafung droht, damit sie beim Hauptlehrer oder Gemeindevorsteher etwaige Entschuldigungsgründe vorbringen können. Diese Bestimmung ist als eine gute Warnung zu begrüßen. In der Regel werden die Bestellungen über Schulversäumnisse durch Kinder erledigt. Die meisten unentschuldigten Versäumnisse kamen daher, daß die Kinder die Entschuldigungen vergessen. In der Schule fürchteten sie sich vor dem Tadel über die Vergeßlichkeit, die betreffenden Eltern täuschten sie durch eine Unwahrheit. Nun erhalten die Eltern durch einen Zettel Kenntnis von dem unentschuldigten Fehlen ihres Kindes und können dann noch nachträglich ihre Kinder entschuldigen. Die Strafe für unentschuldigtes Fehlen beträgt für den halben Tag 30 Pfg., früher 50 Pfg., ob für den ganzen oder halben Tag war einerlei. Diese Strafen fließen in die Schulkasse. Wiederholt sich die Versäumnis im Laufe desselben Schulhalbjahres öfter als zweimal, so hat sich der Gemeindevorsteher darüber schlüssig zu werden, ob er die gewöhnliche Geldstrafe belassen will oder ob er den Schulvorstand veranlassen will, bei der Regierung Antrag auf Erkennung einer höheren Geldstrafe zu stellen. Es kann bis zu 70 Mk. erkannt werden. Diese Geldstrafe kann in Haft umgewandelt werden. Desgleichen wird die Geldstrafe wegen unentschuldigten Versäumnisses bei Zahlungsunfähigkeit in Haft bis zu drei Tagen umgewandelt. Scharfe Bestimmungen!

Die vernünftige, gemäßigte, patriotische, deutsche Sozialdemokratie.

Die deutsche Sozialdemokratie ist es gewohnt, von ihren bürgerlichen Gegnern als Hochverräterin, als Feindin des Deutschen Reichs, als vaterlandslose Republikanerin, die den gewaltsamen Umsturz will, hingestellt zu werden. Und zu ihrer Beschämung wird ihr dann stets das Bild der ausländischen Sozialdemokratie vorgehalten: in England, Frankreich, Italien, Amerika usw. gebe es zwar auch Sozialdemokraten, aber diese seien ganz anders, als die deutschen, sie seien vernünftige, gemäßigte und vor allem patriotische Leute, mit denen sich ganz gut leben lasse.

Mit Humor wird man daher in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie die Preßstimmen würdigen, mit denen jetzt die ausländische bürgerliche Presse die Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie begleitet. Die englische Presse hat mit großer Befriedigung die sozialdemokratischen Wahlsiege gemeldet. Um jedoch den englischen Arbeiter davor abzuschrecken, nun etwa auch sozialdemokratisch zu wählen, schildert sie die deutschen Sozialdemokraten als das schärfste Gegenbild zur englischen Sozialdemokratie. Diese seien milde, gemäßigte Reformer, die, wenn nur der deutsche Liberalismus so radikal und entschieden wäre, wie der englische, alle im liberalen Lager stünden. Vor allem seien die deutschen Sozialdemokraten nicht so boshafte, tückische, unruhige Querköpfe, wie ihre englischen Genossen, die all den schönen Maßregeln der Liberalen zur sozialen Reform widerstreben.

So schreiben nicht bloß die liberalen, auch die konservativen Blätter schreiben so. Beispielsweise leistet sich der besonders sozialistenfeindliche „Daily Expreß" unter der Spitzmarke: „Die zwei Sozialisten", folgenden amüsanten Artikel:

„Wir müssen festhalten, daß der deutsche Sozialist ein von seinem englischen Genossen völlig verschiedener Geselle ist. Er ist ein Patriot, der Freund und Vorkämpfer seines Vaterlandes und nicht — wie unser Keir Hardie — der Verteidiger jedes ausländischen Feindes und Rivalen. Er ist kein Feind der Rüstungen und hat nicht die Absicht, den Ansprüchen Deutschlands nach größerer Ausdehnung entgegenzutreten. Auch ist er keineswegs revolutionär. Der deutsche Sozialismus, der schon lange die Marxistischen Anschauungen preisgegeben hat, steht auf dem Standpunkt der friedlichen Entwickelung, nicht der Revolution. Sein Ziel ist nicht, die Grundlagen der organisierten Gesellschaftsordnung umzustürzen, nicht der Generalstreik oder die Verstaatlichung von Grund und Boden und der andern Produktionsmittel, sondern die Errichtung einer verantwortlichen Regierung in Deutschland. Eine demokratische Regierungsform unter einer verfassungsmäßigen Monarchie, so wie sie England schon viel länger besitzt, als das Deutsche Reich überhaupt besteht, würde die meisten sozialdemokratischen Mitglieder des neuen Reichstags befriedigen, die man in England Radikale oder gemäßigte Liberale nennen würde. Ihr Ziel ist verfassungsgemäß, nicht anarchistisch, und sie haben keine Berührungspunkte mit den hiesigen Sozialisten, die das englische Gewerkschaftsleben an sich gefesselt haben und unser England mit Revolution und Bürgerkrieg bedrohen. . . . Unsere Gefahr ist unendlich größer, denn unsre Sozialisten sind anarchisch und antinational."

Und so geht es noch eine ganze Weile weiter. Man sieht: mit denselben Phrasen, mit denen man in Deutschland die deutsche Sozialdemokratie als „anarchistisch" und „antipatriotisch" bezeichnet und die ausländische Sozialdemokratie als „gemäßigt", „vernünftig" und „patriotisch", mit genau den gleichen Phrasen wird im Ausland die deutsche Sozialdemokratie als „gemäßigt", „vernünftig" und „patriotisch" geschildert und die heimische Sozial-

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ein Abschied?"

Er zuckte mit den Schultern, zum Zeichen, daß er sie nicht begriff. Sie trieb ihr Pferd an und ritt in kurzem Trabe zur Chaussee zurück. Erst, als sie hier in mäßigem Tempo nebeneinander ritten, gab sie eine Erklärung:

„Meine Mama findet, daß mir die Morgenspazierritte nicht bekommen."

Er erschrak.

„Sie weiß —"

„— daß ich auf meinen Spazierritten in der Frühe zuweilen einem gewissen Herrn begegne — ja."

Er biß sich auf die Lippen.

„Verwünscht!" Sein Auge flammte zornig. „Wer kann es gesagt haben —?"

Sie bewegte nachlässig die Schultern.

„Irgend jemand, der uns einmal zufällig zusammen gesehen hat. Es finden sich immer fürsorgliche Seelen, die über einen wachen, wenn man nicht selbst über sich wacht."

Das war mit ätzender Bitterkeit gesprochen. Er runzelte finster seine Brauen.

„Und nun findet Ihre Frau Mama, daß die Morgenspazierritte nicht zuträglich für Sie sind?"

„Das findet sie", war die lakonische Antwort.

Er senkte sein Gesicht und blickte schweigend auf den Sattelknopf nieder, obwohl er ahnte, daß sie in fiebernder Spannung auf seine Antwort wartete.

So ritten sie schweigend eine ganze Weile der Stadt zu, bis sie plötzlich ihr Pferd anhielt und ihm die Hand entgegenstreckte.

„Bis hierher und nicht weiter!" sagte sie mit einer hörbar bitteren Betonung.

Er nickte und sprach es ihr unwillkürlich nach im dumpfen, düstern Tonfall:

„Bis hierher und nicht weiter!" Dann ließ er den Vers aus dem alten Volksliede folgen:

„Es waren zwei Königskinder,
Die hatten einander so lieb,
Sie konnten beisammen nicht kommen,
Das Wasser war viel zu tief.

Das Zitat schien nicht nach ihrem Geschmack. Sie zog rasch ihre Hand zurück. Ihr Gesicht war ganz blaß geworden, ihre Mienen zitterten heftig. Mit erhobener Gerte trieb sie ihr Pferd an und sprengte in wildem Galopp davon.

Er schaute ihr, in langsamer Gangart folgend, nach. Seine Lippen murmelten ein bedauerliches „Schade!" Im übrigen nahm er die Wendung der Dinge ruhiger als sie. Als Mann war er mehr gewöhnt, sich dem harten Muß, der eisernen Notwendigkeit unterzuordnen.

In seiner Wohnung, die er mit seiner Schwester teilte, aß er mit gutem Appetit sein Frühstück, leerte eine halbe Flasche Bordeaux dazu, und begab sich dann zum Dienst.

Gegen Mittag kehrte er zurück. Nachdem er sich umgekleidet, suchte er seine Schwester im Wohnzimmer auf. Die beiden Geschwister lebten schon seit dem Tode ihrer Eltern zusammen. Thea Wichard war zwei Jahre jünger als ihr Bruder. Frau zu werden, hatte sie längst aufgegeben. Sie hatte einmal, als Vierundzwanzigjährige, eine leidenschaftliche Liebe zu einem Manne gefaßt, der sich mit ihr verlobte, sich aber ihrer Neigung und ihres Vertrauens höchst unwürdig erwiesen hatte. Von ihrem Bruder Kuno auf Pistolen gefordert, wurde er im Duell von ihm erschossen. Seitdem ihr Bruder mit diesem Duellmord befleckt war, war die ehemals sehr lebenslustige, temperamentvolle junge Dame ernst und schweigsam geworden, verbittert und in sich gekehrt, wie jemand, der mit Liebe und Glück für immer abgeschlossen hatte.

Eine herbe Sprödigkeit und Kühle schien der Grundzug ihres Charakters geworden zu sein. Allen Menschen, mit denen sie in Berührung kam, trat sie mit derselben kühlen Unempfindlichkeit und Gleichgültigkeit gegenüber. Wenn sie überhaupt noch wärmere Empfindungen in ihrem Herzen hegte, so konzentrierten sich diese lediglich auf ihren Bruder Kuno. Am liebsten zog sie sich von jedem Verkehr zurück, ganz der freiwillig übernommenen Pflicht, für das Wohl ihres Bruders zu sorgen, hingegeben. Ihm gegenüber war sie nachsichtig und ergeben, sie, die sonst mit unerbittlicher, fast männlicher Strenge auftreten konnte. Sie hatte sich auch nicht einen Augenblick besonnen, ihrem Bruder das kleine Vermögen, das sie von den Eltern geerbt hatte, bedingungslos zur Verfügung zu stellen, nachdem er seinen Erbanteil in seinem allen Genüssen eines Mannes von Welt frönenden Leben verpraßt hatte.

Kuno Wichard hatte sich gewöhnt, seine Schwester zur Vertrauten seiner Erlebnisse und Pläne zu machen, und so erzählte er ihr auch heute, was sich am Morgen auf dem Spazierritt zwischen ihm und Erna von Boltenhagen ereignet hatte.

Sie hörte ihn schweigend mit aufeinandergepreßten Lippen an. In ihren Augen, die sie vor den seinen gesenkt hielt, funkelte etwas von der Angst und Eifersucht einer törichten Mutter, die von Liebe ihres Sohnes zu verlieren fürchtet, sobald sie ihn von der Leidenschaft für eine hübsche Frau erfaßt sieht.

„Du liebst sie?" fragte Thea mit heimlicher Spannung.

Er atmete tief.

„Lieben? Ich glaube, Jedenfalls reizt sie mich, interessiert sie mich, fesselt sie mich mehr als irgend eine andere. Sie ist gerade die Gattung Weib, die mir sympathisch ist. Ich glaube, wir hätten ganz gut zueinander gepaßt. Aber —"

Er seufzte und strich sich mit der Hand über die Stirn.

„Aber?" fragte sie, ihren Blick forschend zu ihm erhebend.

Er ließ sich müde in einen nahestehenden Sessel fallen.

„Ich habe herumgehorcht," erwiderte er, „und von allen Seiten gehört, daß Major von Boltenhagen fast ausschließlich auf sein Gehalt angewiesen ist. Was an Vermögen ursprünglich da war, ist im Laufe der Jahre verbraucht worden. Schon der Referendar allein soll große Summen durchgebracht haben. Mitgift wird also kaum vorhanden sein. Na, und Du weißt," — der Sprechende zupfte an der Spitze seines sorgfältig gepflegten Vollbarts, und seine Stimme nahm einen harten, bittern Klang an, — „Du weißt, daß ich mir den Luxus einer Liebesheirat mit einem armen Mädchen nicht gestatten kann."

Thea Wichard atmete wie befreit auf. Aber als sie ihres Bruders düster vor sich hinstarrendes Gesicht sah, nahmen ihre Züge einen weicheren, mitfühlenden Ausdruck an.

Sie trat dicht an ihr heran und legte ihm sanft ihre Rechte auf die Schulter.

„Wird es Dir so schwer, sie aufzugeben?" fragte sie.

Er ließ die Hand, die den Bart fest umspannt hatte, plötzlich herabgleiten und erhob sich mit heftigem Ruck.

„Schwer oder nicht," stieß er aufgeregt hervor. „Jedenfalls werde ich mich damit abfinden. Ich habe kein Talent zum Ritter Toggenburg und werde ihr nicht schmachtlappig nachseufzen. Übrigens trägt sie es schwerer als ich. Die

demokratie als „anarchistisch" und „antipatriotisch". Die Arbeiter können aus dieser amüsanten doppelten Buchführung ersehen, wie armselig die Waffen unsrer Gegner sind: Sie ohrfeigen sich gegenseitig und nennen das Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Gesundheitsgefahren im Gärtnereiberufe.

Der alte Aberglaube, der Gärtnereiberuf stehe unter allen gewerblichen Berufsarten in gesundheitlicher Beziehung am besten da, erhielt einmal durch eine in der „Medizinischen Reform" (Berlin 1902) veröffentlichte größere Studie einen empfindlichen Stoß versetzt. Seitdem sind zahlreiche Ärzte mit ihren Ratschlägen, z. B. Lungenkranken zu empfehlen, Gärtner zu werden, erheblich zurückhaltender geworden, oder sie haben den Gärtnerberuf aus ihrer Liste der gesundheitsfördernden Berufe überhaupt gestrichen. Die große Öffentlichkeit aber weiß von diesen Dingen nur recht wenig oder gar nichts; sie läßt sich immer noch irreführen durch Zahlen aus Statistiken, die an sich wohl richtig sein mögen, die aber aufgestellt wurden, ohne dabei zu bedenken, daß die meisten Gärtner gar nicht als Gärtner gestorben sind, sondern als Angehörige irgend eines anderen Berufs, zu dem sie wegen allzu großer Überfüllung ihres eigenen Berufs übergehen mußten und in den sie dann Krankheitsveranlagungen mit hineinbringen, die sie vordem in der Gärtnerei bekamen. Die Öffentlichkeit wird auch sonst noch ganz systematisch irregeführt durch gelegentliche Notizen in Tages- und Familienblättern, worin Loblieder auf den „schönen und gesunden" Gärtnerberuf gesungen werden; Loblieder, die von begeisterten Natur- und Gartenfreunden und von Gärtnereiunternehmern herrühren.

Wie es mit den Gesundheitszuständen in Gärtnereiberufe aussieht, darüber geben die wohl verläßlichsten Aufschlüsse die Zahlen aus der „Krankenkasse für deutsche Gärtner", die eine freie Hilfskasse und über das ganze Deutsche Reich verbreitet ist, die sich aber nicht, wie sonst die freien Hilfskassen bestimmter Berufe, in den Händen der Gehilfen befindet, sondern die in der Hauptsache von Unternehmern und deren Stützen verwaltet wird; die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen besitzen in dieser Kasse jedenfalls keinerlei Einfluß. Umsomehr dürfen darum die von dieser Kasse (ihre Mitgliederzahl ist jetzt 33 000) ermittelten Zahlen auch anderweit auf Beachtung rechnen. Über Krankheitsfälle und Krankheitstage hat die Kasse Aufstellungen leider nicht veröffentlicht; wohl aber über die Todesursachen der bei ihr verstorbenen Mitglieder. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1910 verzeichnet als Todesursachen: 28,72 Proz. Lungenleiden, 7,45 Proz. Erkrankung der Atmungsorgane (ohne Lungenleiden), 8,51 Proz. Magen- und Darmleiden, 11,70 Proz. Herzleiden, 3,19 Proz. Nieren- und Blasenleiden, 7,45 Proz. Gehirn- und Nervenleiden, 2,13 Proz. Hals-, Ohren- und Nasenleiden, 18,08 Proz. verschiedene Krankheiten, 8,51 Proz. Unglücks- und Unfälle, 4,26 Proz. Selbstmorde. Der größte Prozentsatz entfällt auf Lungenleiden, eine Erscheinung, die in allen Jahresberichten hervortritt, in den anderen sogar noch mehr wie in dem von 1910. Auch die Prozentverhältnisse der andern Todesursachen sind durchschnittlich ähnliche. Der zwanzigjährige Durchschnitt für die Geschäftsjahre 1889 bis 1908 weist nämlich diese Ziffern auf: 36,60 Proz. Lungenleiden, 4,62 Proz. Atmungsorgane (ohne Lungenleiden), 8,60 Proz. Magen- und Darmleiden, 8,23 Proz. Herzleiden, 3,14 Proz. Nieren- und Blasenleiden, 5,00 Proz. Gehirn- und Nervenleiden, 2,68 Proz. Hals-, Ohren- und Nasenleiden, 15 Proz. verschiedene, 8,60 Proz. Unglücks- und Unfälle, 4,53 Proz. Selbstmorde, 3,00 Proz. unbekannte Ursachen. Der zwanzigjährige Durchschnitt gibt also für Lungenleiden sogar 36,60 Prozent. Scheidet man aus der Gesamtziffer die Fälle aus, die nicht auf innerlich-organische Erkrankungen kommen, also Unglücks- und Unfälle, sowie Selbstmorde, und auch die Fälle mit unbekannten Ursachen, so steigt die Prozentziffer der Lungenleiden sogar auf 46,42 Prozent. Pfyffer von Altishofen hat einmal bei den Lungenleiden nähere Auszählungen und Berechnungen vorgenommen und ermittelt, daß zwar die eigentliche Lungenschwindsucht seltener ist, daß es vielmehr in der Hauptsache Lungenentzündungen sind, die so häufig den Tod herbeiführen. Das ist auch durchaus erklärlich. Soweit nämlich die Gärtnerei um des Erwerbszweckes betrieben wird, ist der Gärtner allen Witterungsunbilden ausgesetzt, befindet er sich in allen Branchen des Berufs dauernd Erkältungsgefahren ausgesetzt; das ist in erhöhtem Maße der Fall für alle Arbeiter, die bei dem Hasten und Jagen gewöhnlich alle Vorsichtsmaßregeln unbeachtet lassen müssen, wollen sie nicht stellungslos werden. Das ist auch der Fall für die in den herrschaftlichen Privatgärtnereien und in gemeindlichen Betrieben Beschäftigten. Magen-, Darm-, Nieren-, Blasenleiden haben hier ihre Entstehungsursache ebenfalls in den Erkältungen; Herzleiden dürften sich hauptsächlich in der Treibhausgärtnerei mit hohen und gespannten Temperaturen entwickeln. Nicht unbeachtlich sind auch die Selbstmorde, die zum Teil sicherlich auf die schlechten Lohnverhältnisse und die großen Schwierigkeiten, als Verheirateter mit Familie noch Erwerbsgelegenheit zu finden, zurückzuführen sind. An Rheumatismus leiden die meisten Gärtner. Gesund ist der Gärtnerberuf für die, die ihn zu ihrem Vergnügen betreiben können und für die, die Vermögen genug besitzen, und als größere Unternehmer den Gesundheitsgefahren aus dem Wege gehen und andere für sich arbeiten lassen können.

Aus der Partei.

Ein hartes Urteil. Die „Chemnitzer Volksstimme" hatte berichtet, daß anläßlich der Einweihung des neuen Rathauses, die zeitlich mit der Metallarbeiteraussperrung zusammenfiel, eine Kompagnie Soldaten in der Kaserne in Bereitschaft gehalten wurde, um bei Unruhen sofort eingreifen zu können. An diese Mitteilung war eine entsprechende Kritik geknüpft. Der Oberst des in Frage kommenden Regiments stellte gegen die „Volksstimme" Strafantrag mit dem Erfolg, daß der Redakteur Genosse Hermann Müller zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Am Dienstag verhandelte die Berufungsinstanz über diese Sache und kam zu einer Bestätigung des erstrichterlichen Urteils. Das Gericht nahm an, daß der Verfasser der Notiz die Absicht gehabt habe, die Militärbehörde zu beleidigen.

In Stuttgart rumort es schon wieder unter der Parteigenossenschaft. Nach Abschluß der Wahlkampagne beschäftigte sich dort eine Parteiversammlung mit dem Ausfall der Wahlen. Vom Referenten, Genossen Dr. Duncker wurde eine Resolution vorgelegt, in der der Fraktion im Reichstage u. a. neben der Ablehnung höfischer Verpflichtungen bei Übernahme eines Präsidentenpostens auferlegt wird: „Ebensowenig darf der Kampf gegen den schwarz-blauen Block zu einer Anlehnung an bürgerliche Parteien führen, bei der die Sozialdemokratie eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge, ein Vertuschen der stets wachsenden Klassengegensätze, betreiben würde." Gegen diese Resolution wandte sich sehr scharf der Abgeordnete Genosse Hildenbrandt, der erklärte: „Es sei unerhört, daß man die Fraktion festlegen wolle." Unter stürmischem Beifall fand schließlich die Resolution Annahme. — Wir sind der Ansicht, daß die Stuttgarter Parteigenossen besser daran getan hätten, wenn sie sich nicht auf eine Festlegung der Fraktion eingelassen hätten. Was unsere Fraktion zu tun und zu lassen hat, das weiß sie selbst, genau so, wie sie sich in ihren Entschließungen leiten läßt von den Parteitagsbeschlüssen. Es handelt sich hier also um einen Streit um des Kaises Bart der anscheinend wieder zur Verschärfung der Gegensätze in Stuttgart beigetragen hat. Kann man denn da unten keinen Frieden halten?

Gewerkschaftsbewegung.

Streik im Fleischergewerbe. Sämtliche Gesellen der ersten Stettiner Fleischwarenfabrik, Inhaber Emil Krüger in Stettin, haben die Arbeit eingestellt, weil die Firma jede Verhandlung mit der Organisation über einen eingereichten Tarif ablehnte. Es wird dringend ersucht, jeden Zuzug fernzuhalten.

In fünf Jahren zweimal ausgesperrt und zweimal gesiegt! Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe kämpft seit langem mit dem Aufgebot aller Kräfte um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder. Im besonderen geht sein Bestreben darauf hinaus, für ganz Deutschland einheitlich geregelte Bedingungen zu schaffen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse. Als im Jahre 1906 die Gehilfen ihre Forderungen stellten, war die Antwort eine Aussperrung, die rund ein viertel Jahr dauerte! Der Verband war nicht zertrümmert, die Unternehmer mußten verhandeln und Frieden schließen. Im vergangenen Jahre sollte nun der entscheidende Schlag geführt werden. Als die Gehilfen wieder mit Forderungen kamen, erhielten sie als Antwort — die Aussperrung. Damals kämpften rund 4000, diesmal 4600 Kollegen. Der Kampf dauerte rund vier Monate! Die Unternehmer mußten wieder mit verhandeln und die Arbeiter blieben einig!

Der Bergarbeiterstreik in Differdingen soll nach Meldungen bürgerlicher Blätter aus Luxemburg beendet sein. Die Ausständigen sind wieder eingefahren. Die Direktion soll nun, nachdem ihre Halsstarrigkeit einer Anzahl unschuldiger Menschen das Leben gekostet hat, „Prämien" bis zu 9 Mk. monatlich und bis zu 25 Pfg. täglich „bewilligt" haben. Daß man sie wegen des unschuldig vergossenen Arbeiterblutes zur Verantwortung ziehen wird, ist leider nicht zu erwarten.

Der Generalstreik in Lissabon greift immer weiter um sich. Auch die übrigen Teile des Landes werden bereits von der Bewegung ergriffen. Es ist nach den Berichten bürgerlicher Blätter auch schon zu schweren Ausschreitungen gekommen. Über Lissabon ist der Belagerungszustand verhängt worden. Lissabon ist völlig von Militär besetzt. Der englische und der deutsche Gesandte boten der Regierung Beistand an, der angenommen wurde. Schiffe beider Nationen werden erwartet. — Was geht denn Deutschland oder England die Sache an?

Propaganda der englischen Seemanns-Organisation für volle Besatzung der Schiffe. Der bekannte Agitator Tom Mann, Mitglied der Exekutive des englischen Seemannsverbandes und eifriger Befürworter der „none politice", direkten Aktion und Sabotage, erklärte in einem Meeting in North Shields, daß er jeden Hafen mit der speziellen Aufgabe besuchen werde, um eine Bewegung für die Änderung der Bemannungsskala ins Leben zu rufen. Dieser Zweck sei geboren aus der parallelen Forderung, aufgestellt von den Arbeitern an Land, die Arbeitszeit zu verkürzen. Man müsse die Bemannungsskala so ändern, daß noch vier Mann mehr auf jedem britischen Schiffe angemustert werden, zwei Mann an Deck und zwei im Heizraum. Bei 10 000 Schiffen, die unter der britischen Flagge fahren, mache das 40 000 Mann mehr aus. Damit wären mit einem Schlage alle arbeitslosen Seeleute aus den Häfen verschwunden. Ein ganz leichtes Rechenexempel, wie man sieht. Es ist doch erstaunlich, mit welcher Naivität sich Anhänger der direkten Aktion über wirtschaftliche Erscheinungen hinwegsetzen, die sich durch leichte Rechenexempel wohl am wenigsten beeinflussen lassen.

Streikunruhen in Amerika. In Lawrence befinden sich die Weber im Streik. Hierbei ist es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei gekommen. Letztere ging scharf vor und erschoß eine Frau. Die erregte Menge stach hierauf einen Polizisten in den Rücken. Jetzt ist Militär requiriert. Die bürgerliche Presse versucht, ihren Lesern glauben zu machen, daß ein 16jähriges Mädchen die Urheberin der Krawalle sei; sie habe die Streikenden auf die Polizei gehetzt. Es ist nichts in der Welt so dumm, es findet doch sein Publikum.

Kommunales.

Nach preußischem Muster. Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung haperts in Bayern nach wie vor. Nachdem erst vor kurzem der in Weißenberg zum Bürgermeister gewählte Genosse Hirsch nicht bestätigt wurde, und ein in Burgfarnbach zum Beigeordneten (2. Bürgermeister) gewählter Sozialdemokrat die Bestätigung nicht erlangen konnte, weil er „als Lagerhalter des dortigen Konsumvereins nicht unabhängig genug für die Führung obrigkeitlicher Geschäfte" erschien, folgt ein dritter derartiger Fall aus Oberfranken. In Altenplos bei Bayreuth hatte die Sozialdemokratie bei der im Herbst stattgefundenen Gemeindewahl einen schönen Erfolg errungen, sie besetzte u. a. auch den Posten des Beigeordneten mit einem ihrer Anhänger. Auch in diesem Falle ist die Bestätigung nicht erteilt worden. In der interessanten Begründung heißt es u. a.: „Ihre Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei war der Anlaß, daß Sie aus dem Soldaten- und Veteranenverein Altenplos, dessen erster Zweck „die Erstarkung des monarchischen Prinzips, der Liebe und Treue zu Kaiser, König und Vaterland" ist, ausgetreten sind. Sie haben auch zum amtlichen Protokolle erklärt, daß ein überzeugter Anhänger der Sozialdemokratie überhaupt nicht Mitglied eines derartigen Vereins sein könne und daß, als Sie seinerzeit vor die Frage gestellt waren, ob Sie die Bestrebungen des Soldaten- und Veteranenvereins Altenplos oder die Bestrebungen der Sozialdemokratie höher einzuwerten haben, gemäß Ihren Anschauungen Ihre Entscheidung

---

Arme!" Er erhob seinen Blick, seine Augen funkelten. „Du hättest nur sehen sollen, wie leidenschaftlich sie mich umfaßt hielt, wie sie meinen Kuß erwiderte und wie melancholisch, wie bitter sie nachher das Trennungswort sprach: Bis hierher und nicht weiter! — Ah! Schließlich wird sie auch darüber hinwegkommen, wie ich."

Er schritt ein paarmal mit hastigen, erregten Schritten auf und ab und ließ sich dann wieder in den Sessel fallen. Plötzlich lachte er laut auf und schielte mit einem fast mutwilligen, gekünstelt geheimnisvollen Blick zu seiner Schwester hinüber. „Übrigens, aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir doch noch miteinander verwandt werden."

Thea Wichard sah überrascht, verständnislos auf ihren Bruder.

„Der kleine Schöler ist sterblich verliebt in die schöne Erna," erklärte er. „Na, was Gescheiteres kann sie doch gar nicht tun, als den Sohn seines reichen Vaters zu heiraten."

„Du meinst?" Er nickte.

„Ja. Ich halte sie für ein verständiges Mädchen, sogar für einen starken Charakter. Flennen wird sie nicht, noch weniger vergiftete Limonade trinken wie Luise Millerin. Sie wird die Dinge nehmen, wie sie sind, und sich, kurz entschlossen den reichen Jungen nehmen. Für die Misere, die über kurz oder lang über die Boltenhagens hereinbrechen wird, wenn der Alte einmal den Abschied bekommt, ist sie ohnehin nicht geschaffen. Ich kann sie mir gar nicht vorstellen, wie sie in der Küche steht und den Kochlöffel schwingt oder dem Papa die zerrissenen Socken ausbessert."

Auch Thea Wichard hatte sich gesetzt; den Äußerungen ihres Bruders hörte sie mit sichtbarem Interesse zu.

„Aber ich begreife immer noch nicht," sagte sie, „Du sprachst doch von Verwandtschaft?"

Der Assessor sah seine Schwester lächelnd an.

„Ja, erraten Du denn nicht? Der kleine Schöler hat doch eine Schwester. Ich habe Dir doch erzählt —"

Thea Wichard riß die Augen weit auf in namenlosem Erstaunen.

„Wie? Aber Du hast sie mir doch als ein ganz unbedeutendes, albernes Ding geschildert. Du denkst doch etwa nicht im Ernst daran, Dich an diese Gans wegzuwerfen?"

Ein unendlicher Hochmut sprach aus dem Zucken ihrer Nasenflügel. Und während sie nun, die Antwort abwartend, ihr Auge auf den stolzen, männlich schönen Zügen ihres Bruders ruhen ließ, sprach ebensoviel Bewunderung wie zärtliche Liebe aus ihren Blicken.

Er hob und senkte seine Schultern.

„Ja, meine liebe Thea, es wird mir wohl weiter nichts übrig bleiben. — Du weißt, daß der Rest Deines Vermögens sich noch auf knapp zehntausend Mark beläuft. Das reicht für höchstens anderthalb Jahre."

„Aber Du wirst in spätestens zwei Jahren Regierungsrat."

Er lächelte spöttisch und geringschätzig.

„Mit einem Anfangsgehalt von 3600 Mark. Davon kann man nicht leben, höchstens vegetieren."

Er sah eine Weile finster, mit gerunzelten Brauen vor sich hin.

„Ich mache mir ja Vorwürfe genug," sprach er in einem knurrenden unzufriedenen Ton, „daß ich die Zeit versäumt und dreuflos gewirtschaftet habe, ohne an die Zukunft zu denken. Jetzt habe ich nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Mit der kleinen Schöler kostet es nicht viel Mühe. Die brauch ich nur einfach in die Arme zu nehmen, und mein ist sie."

Wieder strahlte ein Blick aus des alten Mädchens Auge voll Bewunderung und Vertrauen zu der stattlichen Erscheinung des Bruders hinüber.

„Aber ist sie Dir nicht gar zu simpel und dumm?"

„Sie wird eine sehr bequeme Frau sein. Vor allem wird sie sich immer meinem Willen fügen. Übrigens habe ich, wie gesagt, keine Wahl. — Und nun habe ich eine Bitte an Dich, liebe Thea. Du wirst bei den Schölers Deinen Besuch machen und Dich ein bißchen mit dem Mädel anfreunden. Willst Du?"

Sie stand auf, trat an ihren Bruder heran, strich ihm zärtlich über das Haar und entgegnete seufzend, aber ergeben:

„Wenn Du meinst."

Da ergriff er ihre Hand und führte sie galant an seine Lippen.

5.

Assessor Wichard hatte seine Schwester bei der Familie Schöler eingeführt. Frau Schöler war entzückt von dem vornehmen Wesen der Schwester des Regierungsassessors, um so mehr, als sie im Laufe des Gesprächs erfahren hatte, daß der Vater Regierungspräsident gewesen und die Mutter einer freiherrlichen Familie entstammte. Weniger befriedigt war Helene von der neuen Bekanntschaft. Sie hatte die Empfindung, als ginge ein frostiger, erkältender Hauch von der in kraffer Haltung, mit emporgezogenen Augenbrauen und mit so überlegener Miene Dasitzenden aus, und ein paarmal war sie unter dem scharf und prüfend auf ihr ruhenden Blicken der Schwester des Assessors errötet.

Thea Wichard ihrerseits hatte sich nach ihrem ersten Besuch, und nachdem sie weiter darüber nachgedacht hatte, mit der Idee ihres Bruders ausgesöhnt. Wenn er doch einmal heiraten wollte, so mußte ihr eigentlich ein so völlig unerfahrenes und unbedeutendes Mädchen wie Helene Schöler als Schwägerin viel lieber sein als eine so bestimmte, gewandte und anspruchsvoll auftretende junge Dame, wie Erna von Boltenhagen es war, von der zu befürchten gewesen wäre, daß sie einen Einfluß auf Kuno auszuüben imstande wäre, der den ihren schwächen oder ihm womöglich überlegen sein würde. Daß sie auch nach seiner Verheiratung bei ihrem Bruder bleiben würde, war ihre feste Absicht, und das würde auch dem Wunsche des Bruders entsprechen. Die „kleine Schöler" war als Schwägerin nicht zu fürchten; der klugen, energischen Erna von Boltenhagen würde es mit der Zeit vielleicht gelungen sein, sie aus dem Hause ihres Bruders zu verdrängen.

Nachdem sie einmal zu dieser Erkenntnis gelangt war, bestrebte sie sich ehrlich, den Plan des Bruders zu fördern und das reiche junge Mädchen, soviel in ihren Kräften stand, für ihn einzunehmen. Sie überschüttete Helene Schöler mit Aufmerksamkeiten; sie sandte ihr Bücher zum Lesen, von denen sie vorher mit ihr gesprochen hatte, und lud sie ein, mit ihr vierhändig Klavier zu spielen. Ja, sie besuchte wiederholt das Kinderheim und half der durch dies Entgegenkommen sichtlich Geschmeichelten bei der Anleitung und Beaufsichtigung der Kinder, so schwer ihr auch letzteres ankam. Aber Thea Wichard hatte etwas von dem zähen, energischen Charakter ihres Bruders, der ein einmal als notwendig erkanntes Ziel mit großer Kraft und Ausdauer verfolgte.

Als die Eisbahn auf dem unweit der Stadt gelegenen Fluß eröffnet war, fing sie die seit Jahren nicht gepflegte Kunst des Schlittschuhlaufens wieder an zu üben, nur um Gelegenheit zu haben, mit Helene Schöler zwanglos zusammentreffen zu können. Sie wandte die alte Taktik an, auf Kuno das Gespräch zu bringen und die Phantasie des jungen Mädchens anzuregen, indem sie allerlei charakteristische kleine Erlebnisse aus seiner Vergangenheit mitteilte, die geeignet waren, ihrer Bruder in das günstigste Licht zu stellen. Auch der Assessor ließ es sich angelegen sein, das Interesse, das er bei Helene Schöler für sich vermutete, nach Kräften zu vertiefen und zu erweitern. Das junge Mädchen befand sich in einem Zustand, der dem einer Hypnotisierten glich. Sobald Assessor Wichard auf der Eisbahn erschien, hatte sie nur Augen und Ohren für ihn.

(Fortsetzung folgt.)

zugunsten der sozialdemokratischen Sache habe ausfallen müssen. In Anbetracht dieser Umstände kann das königliche Bezirksamt die Überzeugung nicht gewinnen, daß Sie imstande und gewillt sein könnten, in jeder Lage die Pflichten des Beigeordnetenamtes über die Anforderungen zu stellen, die sich für Sie aus dem Verhältnis zu Ihrer Partei ergeben und muß Ihnen deshalb die Bestätigung als Beigeordneter versagt werden. Mildenberger." — Es wird von Tag zu Tag herrlicher im deutschen Vaterlande. Jetzt ist schon offiziell die Zugehörigkeit zum Kriegerverein die Voraussetzung zur Bekleidung öffentlicher Ämter!

Soziales.

Eine gemeingefährliche Krankenkasse. Ein aufsehenerregender Prozeß gegen die „Mitteldeutsche Krankenversicherungsanstalt" in Gotha fand vor einigen Tagen vor dem dortigen Schöffengericht seine Erledigung. Neben einem Herrn Weydelmuth hatte auch der Rechtsanwalt Dr. Essiger auf der Anklagebank zu erscheinen. Der Aufsichtsbehörde war eine Menge Material zugestellt worden, und dadurch war es überhaupt erst möglich, näheres von dieser Kasse, die nun ungefähr ein Jahr existiert, zu erfahren. Der „Geschäftsführer" Jäger hat bereits eine solche „Anstalt" besessen, die aber behördlich geschlossen werden mußte. Als Hauptzeuge tritt Herr Senator Päß auf. Der Zeuge ist der Ansicht, daß es bei der Kasse in erster Linie auf eine reichliche Besoldung der Kassenleiter ankäme. Von den 37 000 Mark Mitgliederbeiträgen wären ca. 14 000 Mk. für Besoldungen und nur 3000 Mk. für Krankengeld verbraucht worden! Auch ein zwischen dem Direktor Wendelmuth und dem Geschäftsführer Jäger geschlossener Vertrag, wonach das Gehalt des letzteren von Monat zu Monat um je 20 Mark steigen und am 1. Januar 1912 mindestens 400 Mark pro Monat betragen müsse, sei sehr bezeichnend. Dieser Vertrag mußte auf Veranlassung der Behörde, weil statutenwidrig geschlossen, beseitigt werden. Viele Beschwerden liefen bei der Behörde ein. Diese Fälle zeigten deutlich, daß sich die Kasse von der Zahlung des Krankengeldes drückte. Aus Unkenntnis füllten die Mitglieder die verschiedenen Formulare nicht richtig aus. Antwort und Aufklärung erhielten die Mitglieder von der Kasse nicht. Auf Beschwerde bei der Behörde erklärte die Kassenverwaltung dann, den Antrag auf Krankengeld verlegt zu haben. Und zuletzt wurde das betreffende Mitglied ganz abgewiesen, weil die Krankmeldung nicht vorschriftsmäßig ausgefüllt gewesen sei. Ein anderer Trick sei die Krankenhausanweisung, weil ihre „Auskunftei" Simulation berichtet hätte! Einen solchen Bericht hat die Behörde bei den Akten jedoch nicht finden können! Der Staatsanwalt bezeichnete das Gebaren der Kasse als gemeingefährlich und deutete an, daß jedenfalls noch ein Verfahren wegen Betruges eingeleitet werde! Er weist auf ein Reklame-Inserat hin, welches direkt unwahre Angaben enthalte. Auch das von der Kasse beliebte Mahnverfahren sei ein solches, wie es nur von Inkassobureaus niedrigster Sorte getätigt würde! — Nach dem Gerichtsurteil wird Rechtsanwalt Essiger freigesprochen, das andere angeklagte Vorstandsmitglied aber zu 100 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Etwa 800 Fälle kommen in Betracht, wo Mitglieder ausgeschlossen worden sind, ohne daß ein Beschluß des Vorstandes vorlag. Dieses fahrlässige und einseitige Handeln mußte zur Verurteilung führen. Die Freisprechung Essigers wurde damit begründet, daß er nicht an den Sitzungen beteiligt gewesen und möglicherweise hinter seinem Rücken gearbeitet worden sei. Wer sich also vor Nachteilen schützen will, der gehe den Agenten dieser „Krankenkasse" aus dem Wege!

Die Denkschrift über den Arbeitswilligenschutz.

Von Sachsen kam die erste Nachricht, daß das Ministerium des Innern eifrigst über einer Denkschrift brütet, welche die „Unsumme von Sorgen" aufzählen will, die die hochwohllöbliche Regierung wegen der „sittlichen" und „braven" Streikbrecher und Arbeitswilligenlumpen à la Hintze und Konsorten hat. Eine große Rolle wird dabei die amtliche Streik- und Aussperrungsstatistik spielen. Sie ist zwar notorisch liederlich gearbeitet, wie seit ihrem Bestehen alljährlich von neuem nachgewiesen wird. So fehlten z. B. in der amtlichen Statistik von 1901 bis 1907 insgesamt 2783 Streiks und Aussperrungen, an denen die freien Gewerkschaften beteiligt waren. Für die letzten Jahre lassen sich solche Feststellungen nicht mehr machen, weil das reichsstatistische Amt den Vergleich unmöglich gemacht hat. Dafür ist — und diese Seite der Sache interessiert besonders im Zusammenhang mit der jetzt schon druckfertigen Denkschrift — ein anderes Gebiet der amtlichen Streik- und Aussperrungsstatistik fleißig ausgebaut worden, nämlich die „Feststellung", wie oft die Arbeiter „kontraktbrüchig" werden, und in welchen Berufen streikende Proleten zu „Gesetzwidrigkeiten" neigen. Es lohnt sich aus den verschiedensten Gründen, diese Seite der amtlichen Arbeiterkampfesstatistik genau zu betrachten. Daß in eine volkswirtschaftliche Registratur, wie sie die Streik- und Aussperrungsstatistik vom gesunden Standpunkt aus ist und auch nur sein kann, der Polizistensabel und die Paragraphen des Staatsanwalts hineingebracht werden, wird keinen Deutschen verwundern — wir kennen unsere Regierung.

Sehen wir uns die Zusammenstellung der „Vertragsbrüche" vorerst einmal an. In dem Zeitraum 1901 bis 1910 betrug nach hochamtlicher Berechnung — die Grundlagen dazu sind stets die polizeilichen Feststellungen — die Ziffer der vertragbrüchigen Streikenden im Minimum 19,1, im Maximum 64,1 Prozent aller überhaupt Streikenden! Diese Ziffern kommen so zustande, daß zum Beispiel 1905 die 209 299 streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet allesamt als vertragsbrüchig verrechnet werden, das macht dann 64,1 Prozent!

Noch interessanter sind die Feststellungen, in wieviel Fällen für jede Berufsgruppe die „Vertragsbrüchigen" minderjährig, also unter 21 Jahren waren. Was solche Sammlungen für Ausnahmegesetze mit einer volkswirtschaftlichen Streikstatistik zu tun haben, bleibt auch hier noch unklar.

Die Polizei wurde in der Berichtszeit von 1909 bis 1910 im Jahresminimum bei 21,6 Proz. aller Streiks „beschäftigt", im Maximum sind es 29,1 Proz. (1909). Der Herr Staatsanwalt wurde mit 12,8 Proz. aller Fälle von Streiks im Jahre 1902, und mit 19,4 Proz. aller Fälle — als Maximum — im Jahre 1909 beschäftigt.

Noch lustiger wird diese Berechnung, wenn sie auf die gesetzwidrigen „Bedürfnisse" der streikenden Arbeiter einzelner Berufsgruppen eingeht. So waren nach den geradezu **himmelschreiend** — klugen Zusammenstellungen 1910 die „Polizeibedürfnisse" der Bergarbeiter 28,6 vom Hundert aller Streikfälle groß. Der Durst nach dem Staatsanwalt wird mit 17,9 Proz. errechnet. Im ersten Falle sind es 8, im letzten 5 Streiks, die der Berechnung zugrunde gelegt sind! Das Baugewerbe mit 101 Streiks unter Hinzuziehung der Polizei ergibt nur einen Prozentsatz von 20,9 vom Hundert! Der Staatsanwalt war hier gar „nur" in 14,4 Proz. aller Streikfälle notwendig. Dafür wieder das Verkehrsgewerbe mit rund 30 vom Hundert aller Streikfälle, und gar mit 45,8 Proz. marschiert das Handelsgewerbe auf, soweit die polizeiliche „Nachhilfe" in Betracht kommt. Hier sind es wieder nur 34 Streiks, die als Grundlage benutzt werden. Nimmt man nun noch die Zahl der Streikenden und vergleicht sie mit den Prozentziffern, die Polizei und Staatsanwalt in der Gewerkschaftsbewegung darstellen, so kommen noch unglaublichere Resultate zutage!

Sicher ist diese Art, nachzuweisen, daß der streikende Arbeiter immer mehr der polizeilichen und staatsanwaltlichen Zügel bedarf, dumm, aber auch im Wahnwitz kann Methode liegen, und für solche Zusammenstellungen trifft dies unbedingt zu.

Einstweilen wollen wir uns damit trösten, daß im Ernstfall erst einmal nachgeprüft werden wird, wer Polizei und Staatsanwalt geholt hat, und warum es geschehen ist! So leicht sind heute die Ausnahmegesetze nicht mehr zu machen!

Wie sie flunkern.

In Grimma (Sachsen) — so erzählt jetzt fast die ganze bürgerliche Presse ihren gläubigen Lesern — soll der „sozialdemokratische Kandidat Schulze" seine Rede mit den Worten geschlossen haben: „Darum sage ich Euch Genossen, es wird nicht eher besser in der Welt, ehe wir nicht loskommen von dem Drucke der Junker und Pfaffen". Diesen Worten sei donnernder Beifall gefolgt und der „Genosse" Schulze habe sich mit siegesbewußtem Lächeln gesetzt.

Daran wäre ja an sich nichts Verwunderliches. Aber — so wird dann weiter erzählt — nun habe Schulze von dem anwesenden Pfarrer L. eine gründliche Abfuhr erhalten. Dieser habe u. a. gesagt:

„. . . Aber die Pfaffen! Ich gehöre ja selbst zu dieser verworfenen Menschenklasse. Und da muß ich leider mit dem Geständnis beginnen: „Ich habe Herrn Schulze auch gedrückt! — Allgemeines „Aha"! „Ja, ich habe ihn wiederholt gedrückt", fuhr L. unbeirrt fort. „Es sind nun vier Jahre her, da starb seine Frau. Ich habe ihr damals die Grabrede gehalten, und da mir das Herz warm war, auch dem betrübten Gatten in herzlicher Teilnahme die Hand gedrückt. Das war der erste Druck! Danach über eine Zeit hörte ich, daß Herr Schulze wegen sozialistischer Umtriebe aus der Arbeit entlassen sei. Da bin ich wieder zu ihm gegangen und habe ihm damals die Hand gedrückt und auch etwas in die Hand, soweit meine Kräfte reichten. Das war der zweite Druck. Und vier Wochen nachher klopfte es an meine Tür, und herein trat Herr Schulze und bat, ob ich nicht ein gutes Wort für ihn einlegen wolle bei dem Herrn, daß er wieder in Arbeit komme. Da habe ich ihm damals die Hand gedrückt und versprochen, daß ich es versuchen wolle. Und ich freute mich, daß er auf meine Befürwortung wieder angenommen worden ist. Das war der dritte Druck! Und darum meine Herren, stehe ich heute als armer Sünder vor dem Herrn Schulze und muß Ihnen allen gestehen: „Ich habe wiederholt gedrückt!"

Nach diesen Worten war der „Genosse" Schulze tatsächlich etwas „gedrückt"; das argumentum ad hominem hatte seine Wirkung nicht verfehlt."

Diese alberne Notiz ist von A bis Z erlogen. Der Kandidat für den 11. sächsischen Wahlkreis, wozu Grimma gehört, ist nicht Schulze, sondern Genosse Lipinski-Leipzig. Des ferneren können wir noch folgendes hinzufügen: Wenn es in einigen Blättern heißt „Agitator" Schulze oder „Redner" Schulze, so trifft auch das nicht zu. Während des ganzen Wahlkampfes hat nicht ein einziger Referent mit Namen Schulze gesprochen, ebensowenig ein Debattenredner Schulze. — Die ganze Notiz ist uralt; dieses Märchen machte schon einmal die Runde durch die Presse zu der Zeit, als die Pastor Hülleschen Schriften noch benutzt wurden, die Sozialdemokratie totzuschlagen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „feiner Junge". Vor dem Berliner Landgericht hatte sich der Kanzleigehilfe Hans Müller wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung und der Führung eines falschen Namens und Titels zu verantworten. Der Fall erregt Aufsehen, da die Summen, die Müller durch Patentschwindel ergaunert hatte, sich auf 800 000 Mark beliefen. Der Angeklagte, der sich „Gerichtsassessor Müller" oder „Oberarzt Dr. Martini" nannte, hat es verstanden, durch Erzählung von angeblichen Beziehungen zum Patentamt und durch Vorlegung gefälschter Schriftstücke und Legitimationspapiere von leichtgläubigen Personen große Summen zu erhalten. Leuten, die gern schnell und mühelos reich werden wollten, deutete er geheimnisvoll an, daß er einen Geheimen Regierungsrat bei dem Patentamt kenne, der ihm Patente nachweise, deren Erteilung abgelehnt worden oder auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Durch seine Vermittelung, die, wie er dunkel durchblicken ließ, auch in der Bestechung des Geheimrats bestände, würden dann diese Patente doch erteilt, nachdem größere Summen bei der Depotabteilung des Kaiserlichen Patentamtes von ihm eingezahlt worden seien. Die Geldgeber würden dabei riesige Gewinne erzielen, denn die patentsuchenden Firmen würden so hohe Vergütungen zahlen, daß er oft das Doppelte, ja das Drei- und Vierfache der deponierten Gelder als Gewinn auszahlen könne. Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Ein Stimmzettelmarder erwischt und bestraft. In ländlichen Orten ist es bei Wahlen vielfach noch Brauch, daß die in Betracht kommenden Parteien auf einem vor der Tür des Wahllokals stehenden Tisch ihre Stimmzettel niederlegen. In Kirchhasel (Schwarzburg-Rudolstadt) machte sich bei der Landtagswahl ein unserer Partei feindlich gesinnter Bauer diese Gelegenheit zunutze, indem er zweimal die sozialdemokratischen Stimmzettel wegnahm und in einen Ofen warf. Er war jedoch von mehreren Personen beobachtet worden und wurde wegen Diebstahls angezeigt. Nach zweimaliger Verhandlung verurteilte ihn das Schöffengericht in Rudolstadt wegen Sachbeschädigung zu 6 Mark Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher nicht unbedeutenden Kosten. Von einer Verurteilung wegen Diebstahls wurde abgesehen, da der Bauer die Stimmzettel nicht weggenommen habe, um sich zu bereichern oder zu seinem Nutzen zu verwenden.

Der Spionageprozeß Stewart. Am Mittwoch vormittag begann vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts die Verhandlung gegen den der Spionage beschuldigten englischen Rechtsanwalt Bertram Stewart. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, nach dem der Angeklagte des Spionageversuchs (§ 3 des Spionagegesetzes) hinreichend verdächtig erscheint, wurde seitens des Reichsanwalts der Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung beantragt. Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück. Um 11½ Uhr wurde verkündet, daß die Öffentlichkeit für die ganze Verhandlungsdauer ausgeschlossen sei.

Praktiken eines Inkassobureaus. Vor dem Nürnberger Schwurgericht hatte sich der Inhaber eines Inkassobureaus, Schlammberger, wegen Beleidigung durch die Presse und wegen Nötigung zu verantworten. Schl. trieb für Geschäftsleute resp. Gläubiger Schulden ein und verfuhr dabei in der Weise, daß er den Schuldnern zuerst eine Mahnung in geschlossenem, dann in offenem Briefe sandte, wobei die Kuverts einen auffallenden Firmenaufdruck zeigten; insbesondere war auf den Kuverts der Name des Inkassobureaus „Renovia" auffallend gedruckt. Erfolgte nach diesen Briefen keine Zahlung, dann sandte Schl. Postkarten, die in auffallenden Farben gehalten waren und die in besonders auffallendem Druck die Aufschrift „Monierung" trugen. Nützte auch dieses nichts, dann erließ Schl. im Nürnberger „Generalanzeiger" eine Annonce, die mitteilte, daß die und die Forderungen der Genannten an einem bestimmten Tage im „Generalanzeiger" zum Verkauf ausgeschrieben würden. Die Ausschreibung der Forderungen erfolgte dann auch, natürlich unter Bekanntgabe der Namen der Schuldner. Eine Anzahl der auf diese Weise bloßgestellten Schuldner reichten Beleidigungsklage ein und gaben an, sie hielten ihre Schuld noch nicht für fällig; außerdem wollten sie sich durch diese Praktiken nicht zur Zahlung zwingen lassen. Die Staatsanwaltschaft hatte Anklage auf Nötigung erhoben. Zwei Kommerzienräte und der Vorsitzende der Nürnberger Detaillistenvereinigung hielten das Vorgehen des Schl. für richtig; die Inkassobureaus „füllten eine Lücke im Gesetze aus", das gegenwärtige Mahn- und Klageverfahren sei unzulänglich. Kommerzienrat Beck bezeichnete das Bureau „Renovia" als erstklassig. Es stellte sich dann aber die interessante Tatsache heraus, daß der frühere Inhaber des Bureaus selbst sich vor Schulden nicht retten konnte und Schr. als Inhaber vorschob. Der Teilhaber des Bureaus, der vom Bureau hohe Prozente und die Hälfte des Reingewinnes bezieht, wurde aus dem Zuhörerraum herausgeholt; er mußte als Zeuge zugeben, daß er seit fünf Jahren selbst noch 1700 Mk. Schulden habe. Diesem Teilhaber des „erstklassigen" Bureaus mußte vor Gericht — weil er als gefährlich und verwegen bezeichnet wurde — ein geladener Revolver abgenommen werden. Festgestellt wurde u. a., daß das Bureau einer Frau, die eine größere Schuld bis auf 5 Mk. zurückbezahlt hatte und die für die 5 Mk. acht Tage Stundung wünschte, und dabei händeringend auf die Knie fiel, die Habe versteigern ließ. Die Sachverständigen bemerkten, daß in der Detaillistenvereinigung vertraulich schwarze Listen zirkulieren; es hänge von diesem Schwurgerichtsurteil ab, ob sie die Schuldner, die auf der schwarzen Liste stehen, in den Zeitungen veröffentlichen. Schl. wurde von der Anklage auf Nötigung freigesprochen und nur wegen Beleidigung durch die Presse zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Nach dem Urteil des Schwurgerichts ist es also unzulässig, Schuldner in der Presse zu veröffentlichen. Anständige Blätter werden sich hierzu überhaupt nicht hergeben.

Aus Nah und Fern.

Überfall im Gerichtsgebäude zu Prenzlau. Ein aufregender Vorfall spielte sich im Prenzlauer Gerichtsgebäude ab. Der Kastellan Dehn, der in dem Gerichtsgebäude eine Wohnung inne hat, hörte gegen 8 Uhr abends, als er auf einem Rundgang begriffen war, leise Schritte, die sich aus dem Keller die Treppe hinaufbewegten. Er ging dem Geräusch nach und sah sich plötzlich zwei Männern gegenüber, die sich offenbar zu verstecken suchten. Der Kastellan ging auf die Leute zu und stellte sie zur Rede. In diesem Augenblick zog einer der Männer einen Revolver und gab einen Schuß auf den Kastellan ab. Der Beamte stürzte sofort zu Boden und verlor die Besinnung. Die beiden Verbrecher, von denen der eine einen hellen Überzieher mit weißem Sweater und der andere einen dunklen Überzieher trug, flüchteten und gelangten ungefährdet bis auf die Straße. Inzwischen war auf den Schuß hin die Frau des Kastellans ihrem Mann zu Hilfe geeilt. Sie lief den beiden Männern nach und schrie laut um Hilfe. Auf der Straße entspann sich nun eine wilde Jagd hinter den Verbrechern, die bereits einen großen Vorsprung gewonnen hatten. Ein Schneidermeister stellte sich den Fliehenden entgegen, wurde aber durch einen Revolverschuß zu Boden gestreckt. Schwerverletzt mußte er in das Prenzlauer Krankenhaus gebracht werden. In der Dunkelheit gewannen die Verbrecher schließlich das Weite und entkamen. Der Kastellan ist durch den Revolverschuß so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Nachforschungen der Prenzlauer Polizei nach dem Verbleib der beiden Männer sind bisher ohne Erfolg gewesen.

Der sittenlose Hahn und der Schuldirektor. Im „B. T." lesen wir: In einer westlichen Berliner Vorortsgemeinde — zu ihrer Ehre wollen wir in diesem Falle ihren Namen verschweigen — hat eine polizeiliche Verfügung des Gemeindevorstehers ungeheure Heiterkeit, aber auch viel Kopfschütteln hervorgerufen. Die Witwe eines Rittmeisters ist in jenem Vorort Besitzerin eines Villengrundstücks, das mit seinem Garten an den Hof des Schulgrundstücks grenzt. Vor sechs Jahren hat sich die Dame ein von der Baupolizei abgenommenes Stallgebäude bauen lassen, in dem sie ihren kleinen Tierpark, der aus zwei Ponys, einigen Enten, einem Schwein und mehreren Hühnern mit einem Hahn besteht, beherbergt. Dieser Hahn hat es nun dem Herrn Schuldirektor angetan. Der Direktor fertigte eine geharnischte Beschwerde über das schändliche Treiben des Hahns und sandte sie an den Gemeindevorsteher des Ortes. In der Beschwerde sagte der Schulvorsteher, daß der Unterricht durch das Verhalten der Tiere gestört würde, und schreibt dann wörtlich weiter: „daß auch der ständige Anblick (!) der unästhetischen sexuellen Neigungen des Federviehs die Moral der Schüler ungünstig beeinflusse". Der Vorsteher setzte sich sofort hin und erließ eine Polizeiverfügung an die Frau Rittmeister, daß sie innerhalb dreier Tage bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln Vorkehrungen zu treffen habe, die die Übelstände abstellen. Die Frau Rittmeister lehnte es klugerweise ab, mit dem Hahn wegen seines Benehmens Rücksprache zu nehmen, sondern legte beim Bezirksausschuß des Kreises Teltow Beschwerde ein und beantragte, die polizeiliche Verfügung des Amtsvorstehers aufzuheben. Der Rechtsanwalt der Frau Rittmeister beantragte in der letzten Sitzung des Kreisausschusses, die sich mit dem Benehmen des Hahnes zu beschäftigen hatte, unter großer Heiterkeit des Auditoriums eine Inaugenscheinnahme der Zustände auf dem Hühnerhofe unter Hinzuziehung des beleidigten Schulvorstehers, damit nachgewiesen würde, daß kein gesunder Mensch über das Leben und Treiben des Hühnervolkes sich sittlich entrüsten könne. Der Kreisausschuß kam dem Antrage des Anwalts nicht nach, sondern erklärte die polizeiliche Verfügung

des Amtsvorstehers ohne weiteres für ungültig. So geschehen am 26. Januar 1912!

Eine Eisenbahnermaßregelung. Folgender Ukas wurde einem Eisenbahnschlosser in Breslau zugestellt: „Mit Genehmigung der Königlichen Eisenbahndirektion hier vom 7. d. M. — G 5 — kündige ich Ihnen wegen Ihrer sozialdemokratischen Umtriebe hiermit das diesseitige Dienstverhältnis dergestalt auf, daß Sie ab 9. d. M. früh nicht mehr beschäftigt werden und Ihnen das Betreten der Werkstattanlagen untersagt wird. Der Ihnen während der vierzehntägigen Kündigungsfrist bis 22. d. M. für die Werktage zustehende Lohn, d. i. der zur Eisenbahnbetriebskrankenkasse veranlagte Tagesverdienst, können Sie Wochentags vormittags bei der Eisenbahnhauptkasse hier abholen." — Die „Breslauer Volkswacht" bemerkt dazu: Der Betroffene ist Vater von vier Kindern und hat bisher mit der Sozialdemokratie nichts zu tun gehabt. Er ist aber nackenstark und lehnt es ab, bei der hohen Behörde betteln zu gehen. Er weiß, daß auch anderswo Brot gebacken wird, sucht sich andere Arbeit und erklärt jetzt, zum Protest gegen die christliche Liebe der Eisenbahnbehörde, seinen Eintritt in unsere Partei. Bravo!

Die Ursache der polnischen Unruhen in Schwetz. Den Alldeutschen war es Wasser auf ihre Mühlen, als es im 5. Marienwerder Reichstagswahlkreis Schwetz, wo die Polen dem dort kandidierenden Landrat v. Halem als eigenen Kandidaten den Herrn v. Saß-Jaworski-Berlin gegenüberstellten, zu Unruhen kam und daher Militär requiriert wurde. Alldeutsche Blätter schlugen mit Behagen politisches Kapital aus dem Fall, brachten aber nichts über die eigentliche Ursache des Konflikts, die in der Ungültigkeitserklärung von polnischen Stimmen zu suchen ist. Näheres hierüber wird nun in der „Germania" vom 31. Januar mitgeteilt, der aus dem Wahlkreise Schwetz geschrieben wird: „Die ganz rechtswidrige Ungültigkeitserklärung von 700 polnischen Stimmzetteln bestätigt sich. Am Montag fand auf dem Landratsamte die Wahlprüfung und Stimmzählung statt, und dabei stellte sich heraus, daß in einzelnen Wahlbezirken sämtliche auf den Kandidaten der Polen abgegebenen Stimmzettel für ungültig erklärt wurden. Zählt man die für ungültig erklärten Stimmen mit, dann wäre der Pole mit einer Mehrheit von 131 Stimmen gewählt. Die gesamten Stimmzettel des polnischen Kandidaten lauteten: „Abgeordneter von Sas-Jaworski-Berlin." Das hatte der Vorsitzende des polnischen Wahlkomitees Wojnowski in einem besonderen Schreiben dem Wahlkommissar Herrn Gerlich-Bankau noch ausdrücklich mitgeteilt. Am Wahltage ging den einzelnen Wahlvorstehern von seiten des Landrats von Halem die Weisung zu, polnische Stimmzettel für ungültig zu erklären, auf denen das Wort „Abgeordneter" stehe, angeblich, weil es keinen Abgeordneten von Jaworski gebe. Nun ist aber Herr von Jaworski Landtagsabgeordneter für den Posener Wahlkreis Pleschen und hat folglich das Recht, sich Abgeordneter zu nennen. Die Mehrheit der Wahlvorsteher hat vernünftigerweise von der Anordnung des Landrates, der zu einem solchen Eingreifen in den Wahlakt nicht berechtigt war, keine Notiz genommen. In einer Anzahl von Ortschaften jedoch hat man diese Weisung befolgt, und so ist denn das Unbegreifliche geschehen. Es sind 8047 Stimmzettel als gültig anerkannt, während 720 ganz bis auf das Tüpfelchen gleiche Zettel für ungültig erklärt worden sind." — Da in Schwetz zwölf Verhaftungen vorgenommen wurden und der Oberstaatsanwalt aus Graudenz in Schwetz bereits tätig ist, so wird die Schwetzer Wahl zunächst wohl eine gerichtliche Beleuchtung erfahren, und dann wird sich der Reichstag mit ihr zu beschäftigen haben; denn nach den Ausführungen der „Germania" ist in diesem Wahlkreise nicht der amtlich als gewählt proklamierte Landrat, sondern der Pole der Vertreter des 5. Marienwerder Wahlkreises im Reichstage.

Hermann Bang †. Im Alter von 54 Jahren ist Dänemarks bedeutendster zeitgenössischer Schriftsteller, Hermann Bang, der sich auf einer Vortragsreise in Amerika befand, plötzlich in Ogden (Utah) gestorben. Ein reichbewegtes Dichterdasein ist erloschen, und die nordische Literatur verliert eines ihrer eigenartigsten und feinsten Talente. Hermann Bang war in Dänemark, Schweden und Norwegen längst bekannt, als im Jahre 1884 sein erster Roman „Hoffnungslose Geschlechter" in deutscher Übersetzung erschien. Es läßt sich nicht behaupten, daß er das deutsche Lesepublikum „im Sturm gewann". Der Dichter Hermann Bang besaß nichts von den kräftigen Erfolgselementen, seine Romane und Novellen sind die Blüten eines in eigene Formen gebrachten Lebens, das reich war an Zufälligkeiten, Schicksalsschlägen und Erlebnissen. Er kam von der Journalistik in die Literatur; war ein feinfühliger Feuilletonist und Kritiker, wovon seine „Kritischen Studien" zeugen. In seinen Romanen und Novellen kehrt ein Motiv immer wieder: den geheimsten Regungen der Menschen nachzuspüren, zu zeigen, wie alles Wollen und seelisches Vermögen bestimmt und verschleiert werden von der ewigen Macht des „Unterbewußtseins", des zweiten Gesichts. Wie in Dämmerlicht getaucht sind manche seiner Romane, und in seinen Novellen, die zumeist in S. Fischers „Neuer Rundschau" und später in Buchform erschienen, wird eine eigene Melodie hörbar, die ihren Ausdruck in einem ruhigen, knappen Stil findet. So betrachtet, ist seine Novelle „Am Wege" schlechthin ein Meisterstück der modernen Dichtkunst, und es gibt heute nur einen deutschen Novellisten, dessen Art und Kraft mit dem Novellisten Bang verglichen werden kann: Arthur Schnitzler, der in seinen „Dämmerseelen" eine Verwandtschaft mit dem nordischen Poeten offenbart. Als Romanzier ward ihm in Deutschland der größte Erfolg mit seinem Buch „Das weiße Haus", dem der Dichter die große Gemeinde deutscher Leser zu danken hat, die in Hermann Bang den träumerischen Anatol des Nordens liebte, den Dichter mit den klugen, milden Augen, den zarten, feinen Worten. Seit einigen Jahren lebte Bang in Kopenhagen, aber den größten Teil des Jahres verbrachte er im Auslande, besonders in Deutschland und namentlich in Berlin. Vor Jahresfrist reiste er durch das Reich, hielt in vielen Städten Vorlesungen und Vorträge, mit Freude erwartet, wohin er kam und mit Erfolgen neuen Zielen zustrebend. Seine jüngste Arbeit, es wird wohl seine allerletzte gewesen sein, war dem Zufall der Nansen-Premiere „Eine glückliche Ehe" zu danken. Bei diesem Anlaß widmete Bang seinem guten Freunde eine liebenswürdig-humoristische Studie, die mit pathetischer Innigkeit die — Faulheit Peter Nansens auf ihren Wert untersuchte. Seit einigen Wochen weilte Bang in Amerika und hielt in einigen Städten Vorträge. In nüchternen Worten meldet heute der Telegraph seinen Tod. Auf einer Zwischenstation ist er plötzlich gestorben; er, für den es keine Station gegeben, der uns auf seiner Weiterfahrt durch das Leben, das er geliebt und dessen Schönheiter er besungen, noch manches gegeben hätte!

Der bestrafte rote Kriegerverein. In Blankenberg (Provinz Sachsen) sind bei der Reichstagswahl 146 Stimmen für unseren Genossen Schulz abgegeben worden. Das kann unmöglich mit rechten Dingen zugegangen sein, sagt sich eine hohe Behörde. Da muß ja eine ganze Reihe Kriegervereinler sozialdemokratisch gesinnt sein. Selbstverständlich kann eine hohe Behörde diesen Vaterlandsverrat nicht ungesühnt lassen, und so erließ sie denn zornbebend folgende Verfügung: „Da der Blankenberger Militärverein, wie die letzte Reichstagswahl ergeben hat, von einem ziemlich hohen Prozentsatz von Mitgliedern, welche die Sozialdemokratie unterstützen, durchsetzt ist, wurden ihm durch Verfügung seitens der Behörde sämtliche Vorrechte, die den Kriegervereinen laut Kabinettsorder vom 22. Februar 1842 gewährt worden sind, entzogen." — Arme Regierung, die zu derartigen Mitteln greifen muß. Hoffentlich sehen die Arbeiter in Blankenberg aber nun ein, daß der Kriegerverein keine Interessenvertretung für sie bildet.

Kriegervereine und Reichstagswahlen. Die Kriegervereine sind nach wie vor „unpolitisch". So sagen wenigstens die Häuptlinge der Militärvereine. Wer dieser Auffassung noch skeptisch gegenüberstehen sollte, der wird sicherlich durch die folgenden beiden Fälle eines Bessern belehrt werden. 1. Im Wahlkreise Kronach-Lichtenfels, wo Genosse Seelmann gegen den Zentrumsmann Dr. Pfeiffer in der Stichwahl unterlag, hat sich auch der Deutsche Kriegerbund bemüht, die Schwarzen herauszuhauen. Das Wahlkomitee des Zentrums verbreitete einen Aufruf unter den Kriegervereinsmitgliedern, in dem der Obmann der Kriegervereinsvorstände in Oberfranken, Freiherr v. Redwitz in Würzburg, jedem Mitgliede, das sozialdemokratisch stimmen würde, den Ausschluß androhte. Es ist festgestellt, daß uns durch diese Drohung 69 Stimmen abgefangen wurden, die Masse aber ließ sich nicht schrecken und wählte rot. — 2. In Großwaltersdorf, einem Orte im 15. sächsischen Reichstagswahlkreise, war es unsern Parteigenossen zur Wahl das erstemal möglich, eine Versammlung abzuhalten. Der Wirt, der seinen Saal zur Verfügung stellte, ist seit 30 Jahren Mitglied des Militärvereins. Er ist nun aus dem Militärvereinsbund ausgeschlossen worden wegen Begünstigung der Sozialdemokratie. Daraufhin hat nun der Militärverein in dem Orte beschlossen, korporativ aus dem Bunde auszuscheiden, wenn der Ausschluß nicht rückgängig gemacht wird. Damit sind also die Terroristen an die Unrechten gekommen. Die Militärvereinsmitglieder sollten nur überall so handeln.

Schweres Schiffsunglück. Dienstag ist nach einer Meldung aus Bergen beim Skellanger Leuchtturm die Bark „Gline" aus Kristiansund untergegangen. Von der 15 Mann starken Besatzung sind 11 Mann ertrunken, 4 gerettet. Sieben Leichen sind bisher an Land getrieben. Die Besatzung bestand aus Angehörigen verschiedener Nationen.

Die Explosionskatastrophe in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg ist durch Überlaufen des Schmieröls erfolgt. Nach allen Seiten flogen Teile der explodierten Maschine. Das Jammern der Verwundeten, die furchtbare Brandwunden erlitten hatten, war schrecklich. Bisher wurden 14 Schwerverletzte im Krankenhaus aufgenommen, von denen im Laufe der Nacht noch fünf gestorben sind, sodaß die Gesamtzahl der Toten acht beträgt.

Kühne Verbrecherjagd. Eine aufregende Verbrecherjagd, bei der drei Personen getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden, spielte sich in der Nacht zum Mittwoch auf dem Bahnhof von Orleans ab. Drei Verbrecher hatten sich in das Bahnhofsgebäude einschließen lassen, um die Kasse zu berauben. Hierbei wurden sie von mehreren Beamten überrascht. Auf die Hilferufe eilten noch mehrere Personen herbei und es entspann sich nun ein aufregender Kampf. Plötzlich zog einer der Verbrecher einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse ab. Der Unterchef des Bahnhofs wurde durch einen Schuß in die linke Wange schwer verwundet, ein zweiter Schuß verletzte einen Hilfsbeamten schwer. In der Verwirrung gelang es jetzt den Verbrechern zu entkommen, und den nach Paris abgehenden Zug zu erreichen. Sofort wurde allen Stationen telegraphisch von dem Vorgefallenen benachrichtigt mit der Bitte, den Zug nach den Verbrechern absuchen zu lassen. Als der Zug sich kurz vor der Station Angerville befand, sprangen plötzlich während der Fahrt zwei Männer aus demselben und entflohen über die Felder. Sie wurden jedoch in Guillerval von den sie verfolgenden Gendarmen erreicht. Als die Gendarmen jedoch zur Verhaftung schreiten wollten, streckte der eine Verbrecher den Gendarmeriewachtmeister durch eine Revolverkugel nieder. Dann tötete sich der Mörder selbst durch eine Kugel in den Kopf. Der zweite Verbrecher wurde verhaftet. Unterdessen hatten verschiedene andere Beamte in Angerville den Zug durchsucht. Sie entdeckten in einem Kupee erster Klasse einen Reisenden mit einer Fahrkarte dritter Klasse. Als man auch zu seiner Verhaftung schreiten wollte, zog er plötzlich einen Revolver und tötete sich durch einen Schuß in die linke Schläfe.

Kleine Nachrichten. Ein am 19. Januar abends aus Köln in Brüssel eingetroffenes deutsches Ehepaar wurde in dem vorher bestellten Zimmer des Hotels tot aufgefunden. Der Mann hatte seine Gattin zuerst durch zwei Schüsse in den Kopf getötet und dann vor dem Spiegel sich selbst einen tödlichen Schuß in den Mund beigebracht. Es handelt sich hier vermutlich um den 50jährigen Pfandleiher Schmidt aus der Nomintenerstraße in Berlin, der mit seiner Frau seit Sonntag verschwunden ist. Auf dem Tisch der Wohnung wurde ein Zettel aufgefunden mit den Worten: „Wir gehen gemeinsam in den Tod." — In Langebürkefelden in Unterfranken retteten die beiden Maurer Gebrüder Kraft sieben Menschenleben. Sieben Kinder waren auf dem Main eingebrochen und bereits unter der Oberfläche verschwunden. Es gelang den beiden Brüdern nach langem, heldenhaften Kampf mit dem kalten Element alle sieben lebend wieder an die Oberfläche zu bringen. — Der 45 Jahre alte pensionierte Oberleutnant Jindrich in Prag verfolgte die Gattin des Buchdruckereibeamten Kneisel, bei dem er zur Miete wohnte, mit Liebesanträgen, denen die Frau kein Gehör schenkte. Als er wieder abgewiesen wurde, erschoß er die Frau und durchschnitt sich dann mit einem Rasiermesser die Kehle. Das Schwurgericht Insterburg verurteilte den Kuhmelker Hermann Krutzki, der im August v. J. seine Frau erschossen hatte, weil sie ihn verlassen wollte, zum Tode. — In Bretonvillers zerstörte eine Feuersbrunst eine Dampfsägerei, sowie ein Wohnhaus, wobei vier Kinder im Alter von 2—7 Jahren in den Flammen umkamen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von Margarine bestehen nur die erste Marken
„Siegerin"
„Palmalo"
„Mohra"

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Erb.- u. Serufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lehm 49 Dampf-B. u. Kondit
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr 36
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr 25 Feines Schwarz- u. Weißbrot
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr 3
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Bredersen, Augustenstr 7 Tel 1090
H. Gerrabarg, Paulstr 16 Särge in allen Preislagen
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr 79 Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen
C. Feib, Lübeck, Schwartz Allee 193 Lager fertiger Särge
H. Krüger, Rensefeld Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen

Besohlanstalten
H. Faasch Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51
J. Falkenstr, Warendorpstr. 26 Fischhausen 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96 Fernspr. 1274
Trinkt Lübecker Vereinsbrau
F. Tegermüller Nachf., Schwartauer Allee No 3b
Braunbier in Gebinden u. Flaschen
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8
H. Philipp, Fackenb. Allee 50 Tägl. feinste Tafelbutter
W. Rockslen, Hüxstr 23
J. Semrau, Hüxstr

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd 12

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester Lübeck, Fackenb. Allee 48
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a
Conrad Rothe, Fleischhauerstr 15
Paul Thiel, Stavenstr 8
Wilh. Bähak, Eutin, Lübeckerstr 34

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß Dampfwäscherei „Fortschritt".
Wäsche-Verleih-Institut T. 1623
Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr 60 Fernruf: 2274
W. Krüger, Plättanstalt, Petzerstr 1a.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlistr 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr 38
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr

Fahrräder. Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53
Deutsches Nähmaschinen Haus
Gustav Kath,
Frister & Roßmann - Nähmasch
Franz Busse, Wahmstr 42
Rich. Israel, Alfstr 31
Heinr. Körner, Gr. Burgstr 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Lübecker Fahrräder Joh. Meier, Arnimst 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig
Johs. Meyer, Königstr 51
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St 71 Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr 29.
W. Hohenschild, Marlistr 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr 81
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr 1a ff. Aufschnitt
Prima Fleisch- und Wurstwaren
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4
Gothknecht, Gottlieb, Königstr 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik T. 1450
C. Klein, Pfaffenstr 14
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr 6/8
Wilh. Paton, Dankwartsgr 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Scheber, Gr. Burgstr 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr 32
E. Hallier, Oldesloe, Brunnenstr 2
A. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe, Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker Lübeck, Wahmstr 9
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr 24

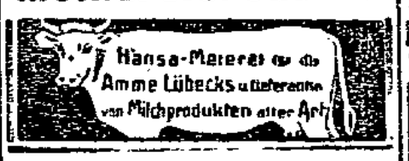
Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 31.
Reinh. Büsen, Arnimstr 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr
H. Lettow, Eutin, Weldestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr 39
Paul Remlen, Malente, Bahnhofstr

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest 12a
Paul Remlen, Malente, Bahnhofstr
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst
Hamb. Engros-Lager, Schwartau
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr 14

Möbelmagazine
Hintze & Sterh, Möbel-Fabrik, Moislling Allee 60
Detail-Verkauf in der Fabrik
W. Pamperin Mühlenstr 67, St. Annenstr 20
Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte


Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel 2144
Milch und ff. Molkereiprodukte

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft. 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr 15.
Jul. Pingel, Johannisstr 15
Samson & Co., Breitestr. 39 Fernspr. 1057

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wackenitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a Spez. Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr 38 Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remlen, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46 Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot-, Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr 32.
Wilh. Westfehling, Holstenstr 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck Hüxterd 8 T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!